



LEBENSQUALITÄT USTER WEST

# Pressespiegel

# 2013

# Hausgemachtes aus Uster

**USTER.** Nachdem Martin Bornhauser in seiner Ansprache einen Aufwisch der Ustermer Anliegen für das kommende Jahr machte, waren die Ustermer Schlossberg Musikanten für den musikalisch beschwingten Jahresauftakt zuständig.

CHRISTIAN BRÜTSCH

Der Ustermer Neujahrsempfang gliedert sich seit mehreren Jahren in drei Teile. Nach der Ansprache des Stadtpräsidenten folgt ein kultureller Leckerbissen, bevor zum Apéro geschritten werden darf.

Stadtpräsident Martin Bornhauser liess es sich nicht nehmen, Positives und Negatives aufs Tapet zu bringen. So strich er die hohe Wohnqualität «seiner» Wohnstadt am Wasser heraus und geisselte gleichzeitig Bundesrätin Doris Leuthards Pläne, den geraden Südabflug ab Kloten einführen zu wollen. «Dann läge Uster plötzlich in einer Abflugschneise, und das gilt es mit allen Mitteln zu verhindern.»

Ebenfalls verhindern will Bornhauser die Unterführung Winterthurerstrasse – auch wenn nach der aus Sicht des Stadtrats verlorenen Abstimmung die Planung angegangen werden müsse. Er sieht die Lösung in der Strasse Uster West, die den Verkehr nicht direkt ins Zentrum führe und zudem vom Kanton bezahlt werde. «Ob wir all unsere Investitionsanliegen wie Hallenbad oder Schulhaus finanzieren können, wenn wir auch noch die Unterführung Winterthurerstrasse aus dem eigenen Sack bezahlen müssen, ist fraglich», gab er zu bedenken.

## Wer befiehlt, zahlt nicht immer

Apropos bezahlen: Immer mehr Aufgaben würden vom Bund oder vom Kanton an die Gemeinden abgetreten. So koste die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde den Ustermer Steuerzahler eine Million Franken, die Tagesstrukturen in der Schule in der Grössenordnung von 1,9 Millionen Franken würden von der Bildungsdirektion vorgegeben, und die Sanierung der BVK – die Misere sei allein die Schuld des Kantons – schlage mit 2,1 Millionen Franken zu Buche. «Von

wegen «Wer zahlt, befiehlt», fügte er mit sarkastischem Unterton an.

Erfreulich ist aus Sicht Bornhausers die Entwicklung hin zu einem attraktiven Stadtzentrum. Mit dem Fünf-Phasen-Plan auf dem Zeughausareal gehe es zügig voran. Phase drei könne hoffentlich 2013 abgeschlossen und der Wettbewerb – «dann wirds wirklich konkret» – lanciert werden. Auch bei der übrigen Zentrumsplanung sei man auf gutem Weg.

## Uster in Welt hinaus getragen

Den zweiten Teil bestritten die Schlossberg Musikanten, die man in Uster kaum mehr vorzustellen braucht. Die über 20-köpfige Blasmusikformation tritt jährlich mindestens zweimal in Uster auf – einmal am selbst veranstalteten «Schlossberg-Sunntig» und zum zweiten Mal jeweils in der katholischen Kirche im Advent. «Und heuer haben wir einen dritten Auftritt hier am Neujahrsempfang der Stadt», erklärte Moderator René Kunz.

Ansonsten tragen sie den Namen Uster in die Welt hinaus. Sei es an Konzerten in Brasilien, Kanada oder im benachbarten Ausland; sei es durch das

Spielen ihrer Titel am Radio; sei es durch das Belegen vorderer Plätze an Blasmusiktreffen; sei es durch Kompositionen des Kapellmeisters Willi Schuler.

Von den bereits über 100 Kompositionen Schulers gaben die Schlossberger gestern «Egerländer Freunde» und «Auf Wiedersehen für heute» zum Besten. Beide Stücke wurden vom Publikum mit rhythmischem Klatschen begleitet. In rascher Folge wurden Stücke wie «O sole mio» (mit Solotrompete), «Musikantenfreuden» (vom ganzen Ensemble) oder «Ave Maria. Beschütz die Heimat» (mit Gesang) vorgetragen. Aus dem Publikum wurde lautstark der nächste Kulturpreis der Stadt Uster für die Schlossberg Musikanten gefordert. Ob dieser Antrag beim Apéro vertieft wurde, konnte nicht eruiert werden.

Jedenfalls half die beschwingte Darbietung, dass den Worten Martin Bornhausers ein erstes Mal Folge geleistet werden konnte. Er wünschte, dass man entspannt, zufrieden, optimistisch und dankbar in das neue Jahr starten soll.



Der Regierungsrat soll sich nochmals Gedanken darüber machen, ob der Verkehr via Winterthurerstrasse (links) oder Uster West ins Zentrum geführt werden soll. Bild: Archiv

# Kanton soll Verkehrsführung überdenken

**USTER.** Einerseits soll die Unterführung Winterthurerstrasse geplant werden. Andererseits hat der Kanton den Kredit für die Strasse Uster West gesprochen. Wo der Verkehr nun durchfliessen soll, will Ornella Ferro vom Regierungsrat wissen.

CHRISTIAN BRÜTSCH

«Politisch haben wir fertig gekämpft», meinte ein desillusionierter Benno Scherrer Moser (GLP) nach der Abstimmung zum Kredit für «Uster West» im Kantonsrat vom vergangenen 22. Oktober. Oder doch nicht? Nachdem an der Urne in Uster die Fortführung der Planung für eine Unterführung an der Winterthurerstrasse mit einem 60-Prozent-Ja-Stimmen-Anteil

ebenfalls deutlich angenommen wurde, wollen nun drei Kantonsräte den Regierungsrat auffordern, die Verkehrsführung in Uster neu zu überdenken.

Ornella Ferro (GP) und Scherrer Moser hatten im Kantonsrat gegen das Projekt «Uster West» votiert. Die SP trat nicht einheitlich auf. Wohl gehörte Sabine Ziegler (SP, Zürich) zu denjenigen, die den Kreditantrag über 21 Millionen Franken ebenfalls verwarfen und nun die Anfrage mitunterzeichneten.

In ihrer Anfrage beschreiben die Kantonsräte, dass durch das zweifache Ja eine Konkurrenzsituation zwischen den beiden Strassenprojekten entstanden sei. «Nach der Volksabstimmung steht zweifelsfrei fest, dass die Planung zur Verkehrsführung in eine Sackgasse geraten ist.»

## Umdenken gefordert

Jetzt soll der Regierungsrat dafür sorgen, die aus dem Lot geratene Planung zu richten. So soll die Exekutive zur veränderten Ausgangslage Stellung nehmen und eine Einschätzung über die Realisierbarkeit der Strasse Uster West abgeben. Sollte der Regierungsrat zum Schluss kommen, dass die Strasse nicht

gebaut werden könnte, sollte er sich doch Gedanken zur Vernetzung der beiden Riede Hopperen und Werrikerriet machen. Das könnte auch unabhängig vom Strassenbau erfolgen. Weiter soll mit der Stadt Uster und allen Interessengruppen ein Prozess angestossen werden, um möglichst rasch eine umweltfreundliche Lösung für Uster zu finden.

Es werden aber auch Forderungen – natürlich in der höflichen Frageform abgefasst – aufs Tapet gebracht, die schon vor den Entscheiden diskutiert wurden: «Weshalb will die Regierung eine Überführung bauen, die a) den Bahnübergang nicht aufhebt, was der ursprüngliche Zweck des Projekts war, und b) nur für den motorisierten Ver-

kehr benutzbar ist, nicht aber für den Velo- und Fussverkehr?»

Weiter böte sich die Gelegenheit, ein Verkehrskonzept für Uster auszuarbeiten. Vom Stadtrat würden die Wil- und die Moosackerstrasse als Durchgangsstrassen vorgesehen. An Ersterer lägen mit dem Zellweger-Park ein neues Wohngebiet sowie das Primarschulhaus Pünt. Für Letztere bestehe weder Projekt noch Finanzierung, noch Zeitplan.

Bislang konnte sich der Kanton nicht für die Unterführung Winterthurerstrasse erwärmen. Nach der Urnenabstimmung soll er diese zumindest in seine Überlegungen mit einbeziehen. Ob er sich zu einem Umdenken bewegen lässt, bleibt abzuwarten.

## An Uster West festhalten

Von Christian Brütsch. Aktualisiert am 01.05.2013 2 Kommentare

**Der Zürcher Regierungsrat beantwortet eine Anfrage von drei Parlamentariern zur Strasse Uster West. Er sieht trotz der Abstimmung Unterführung Winterthurerstrasse keinen Grund, Uster West nicht weiter voranzutreiben.**



Über den Lorenplatz (Bildmitte) soll dereinst die Strasse Uster West geführt werden. (Archivbild: ZO/AvU)

### Artikel zum Thema

**Regierungsrat soll Verkehrsachsen überdenken**

**Ist das «Ja» zur Unterführung auch ein «Nein» zu Uster West?**

**Stadtrat beantragt erneut Kredit für Unterführung Winterthurerstrasse**

**Unterführung ja – aber wie und wann?**

**Kantonsrat heisst Kredit für «Uster West» gut**

Die Strasse Uster West soll dereinst die Winterthurerstrasse entlasten. Von der Autobahnausfahrt Uster Nord kommend, soll der Verkehr im Gebiet Brandschänki auf die neue Strasse Richtung Lorenplatz geführt werden. Von dort geht es mit einer Überführung über die Bahnlinie und weiter in die Zürichstrasse. Soweit die ungefähre Streckenführung. Wie sie genau aussehen wird, ist derzeit in Abklärung. Noch in diesem Jahr soll die Planaufgabe stattfinden.

### Verändernde Abstimmungen

## **Teilen und kommentieren**

Zwei Abstimmungen könnten das Projekt beeinflussen. Einerseits die Abstimmung zur Kulturlandinitiative. Sowohl bei der nördlichen als auch bei der südlichen Anbindung der Strasse liegt Kulturland im Baubereich. Am Freitag will der

Kanton über die Änderungen in der Linienführung diesbezüglich informieren.

Andererseits die Abstimmung zur Unterführung Winterthurerstrasse. Die Ustermer Bevölkerung hat im November des letzten Jahres die Projektierung einer Unterführung gutgeheissen. Bislang stellte sich der Kanton auf den Standpunkt, Uster West zu bauen. Und wenn die Ustermer eine Unterführung beim Bahnübergang an der Winterthurerstrasse bauen wollen, können sie das tun, aber nach den Vorgaben des Kantons und auf eigene Kosten.

Nachdem der Kantonsrat den Verpflichtungskredit für Uster West gesprochen hat und das Volk die Projektierung Unterführung Winterthurerstrasse wünschte, ergibt sich eine Sowohl-als-auch-Situation. Eine Situation, welche der Klärung bedarf. Aus diesem Grund reichten die Kantonsräte - Ornella Ferro (GP, Uster), Sabine Ziegler (SP, Zürich) und Benno Scherrer Moser (GLP, Uster) eine Anfrage an den Regierungsrat ein.

Damit sollte der Regierungsrat angehalten werden, seine Haltung nach der Abstimmung zur Unterführung Winterthurerstrasse grundsätzlich zu überdenken. Suggestiv schlugen die Fragesteller vor, «dass nun ein antizipativer Prozess mit der Stadt und allen Interessengruppen für eine möglichst rasche und umweltschonende Lösung in Uster durchgeführt werden soll».

## **Keine Veränderungen**

Der Regierungsrat beantwortet diese Frage summarisch, indem er nochmals seine Sichtweise darlegt. Die Strasse Uster West wird als «leistungsfähige Anbindung an die Oberlandautobahn» und dadurch als Entlastung des Bahnübergangs Winterthurerstrasse dargestellt. Mit der Abklassierung eines Teils der Winterthurer- und Berchtoldstrasse werde eine «wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Anbindung des Zeughausareals mit seinem grossen städtebaulichen Potenzial an das Zentrum von Uster» geschaffen.

Zudem interpretiert er das Abstimmungsergebnis als nicht interpretierbar. Es sei nicht klar, ob die Ustermer mit dem Ja tatsächlich die Führung des Durchgangsverkehrs über die Winterthurerstrasse und damit durchs Stadtzentrum guthiessen. Oder ob sie einfach ihrer allgemeinen Unzufriedenheit über die Situation bei den Bahnquerungen Ausdruck gaben.

## **Auf ungeplanter Strasse weiter**

Andere Zweifel hegten die Fragesteller bei der Weiterführung des Verkehrs im Süden, wenn die Zürichstrasse erreicht ist. Der Regierungsrat hält an der Linienführung fest. Der Uster durchquerende

Verkehr soll auf die Wilstrasse und von dort via die noch nicht projektierte Moosackerstrasse auf die Riedikerstrasse geleitet werden. Dies sei Bestandteil des 2010 mit der Stadt Uster erarbeiteten Verkehrskonzepts.

Sollte nun der Regierungsrat zum Schluss kommen, die Strasse Uster West nicht voranzutreiben, könnte das naturschützerische Projekt, der Rückbau der Werrikerstrasse, doch umgesetzt werden, wird vorgeschlagen. «Ohne die Verwirklichung des Strassenprojekts besteht kein Anlass, entsprechende Massnahmen umzusetzen», fasst der Regierungsrat zusammen. Überhaupt besteht für ihn kein Anlass, die Planungen neu aufzurollen. (ZO/AvU)

Erstellt: 01.05.2013, 21:43 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)

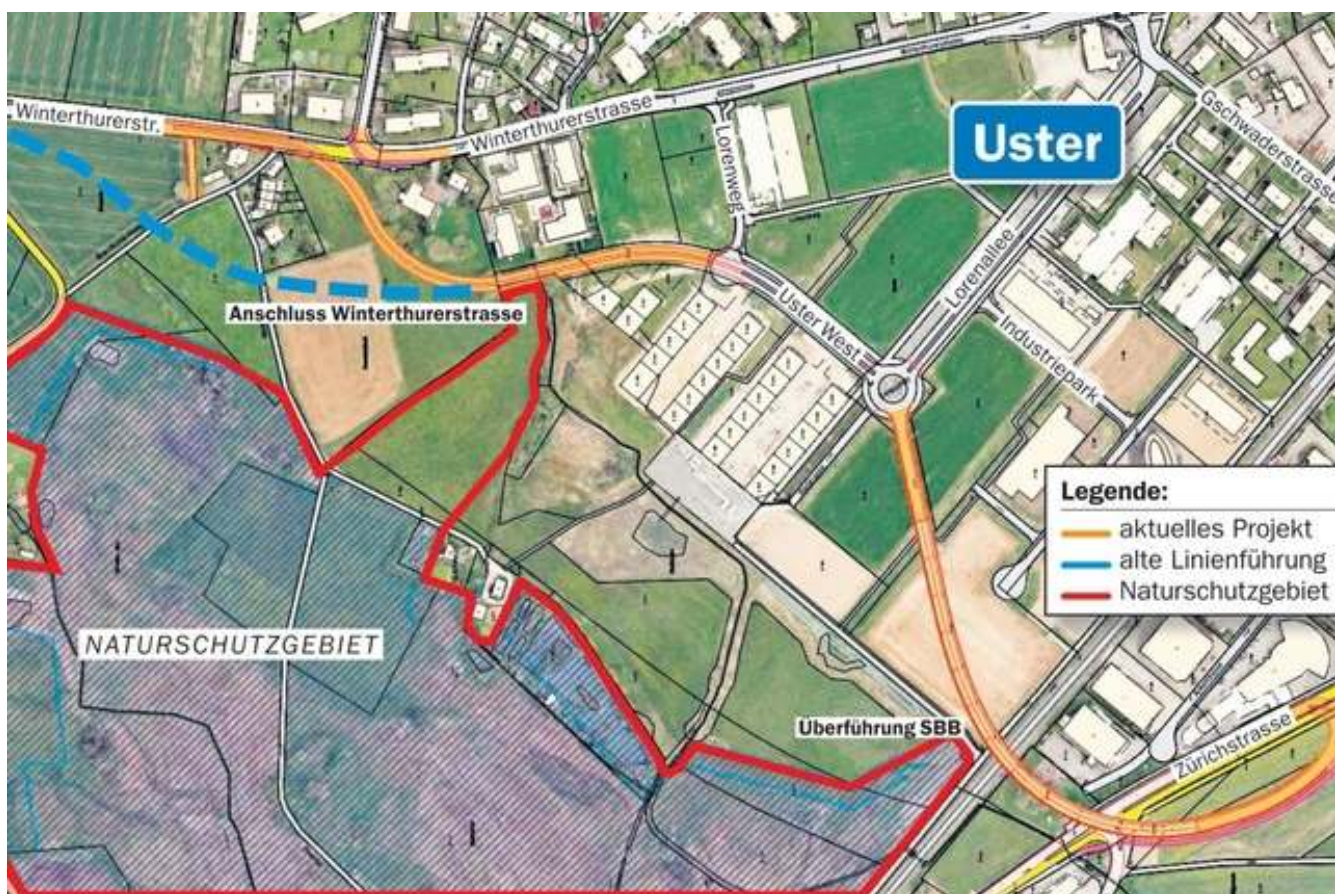
---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

## «Uster West» wurde wegen Amphibien angepasst

Aktualisiert am 03.05.2013 5 Kommentare

Wegen der angenommenen Kulturlandinitiative ist das Strassenprojekt «Uster West» angepasst worden. Das neue Projekt wird während einem Monat öffentlich aufgelegt.



Mit der Verlegung der Abzweigung der West Strasse bei der Winterthurerstrasse wird ein Amphibienschutzgebiet von nationaler Bedeutung geschützt. (Grafik: zvg/ZO)

### Artikel zum Thema

Reaktionen zu «Uster West»: Von «untauglich» bis «positiv»

An Uster West festhalten

Ist das «Ja» zur Unterführung auch ein «Nein» zu Uster West?

Das etwa 21 Millionen Franken teure kantonale Strassenprojekt «Uster West» ist leicht angepasst worden. Mit der ursprünglichen Linienführung wäre unter anderem ein Amphibienlaichgebiet abgetrennt worden.

Die Chancen in einem Rechtsstreit vor Bundesgericht

**Kantonsrat heisst Kredit für «Uster West» gut****Teilen und kommentieren**

wurden von der Zürcher Baudirektion als «unsicher» beurteilt, wie Kantonsingenieur Felix Muff am Freitag in Uster vor den Medien sagte. Das bezüglich Naturschutz verbesserte Projekt, bei dem «die rechtlichen Risiken minimiert» seien, wird nun vom 7. Juni bis 7. Juli öffentlich

aufgelegt.

Wenn der Rechtsweg nicht beschritten werde, könne im Sommer 2014 mit den Bauarbeiten begonnen werden, sagte Muff. Die Bauarbeiten werden dann etwa zwei Jahre dauern. Der Ustermer Stadtrat unterstützt laut Bauvorsteher Thomas Kübler (FDP) die neue Variante und hofft auf eine rasche Realisierung.

Mit dem Strassenprojekt soll das Ustermer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Vermieden werden könnten künftig die Rückstaus an zwei Bahn- übergängen, die heute zur Rush-hour den Verkehr eines ganzen Stadtquartiers – inklusive Busbetrieb – stark beeinträchtigen, wie Stadtpräsident Martin Bornhauser (SP) sagte.

**Projektüberarbeitung nach Ja zur Kulturlandinitiative**

Der Kantonsrat hatte im Herbst 2012 dem Strassenprojekt deutlich zugestimmt. Aufgrund der Annahme der Kulturlandinitiative des Zürcher Stimmvolks sei es vom kantonalen Tiefbauamt überarbeitet worden. Der Anschluss der neuen Strasse an die Zubringerstrasse zur Autobahnausfahrt «Uster West» wurde in Richtung Stadtzentrum verlegt.

Verwaltungsintern sei man sich «nicht mehr ganz so sicher» gewesen, ob die ursprüngliche Linienführung bei einer Beschwerde in Lausanne Bestand haben würde. Als Schwachstelle bezeichnete Muff die Abtrennung eines Amphibienschutzgebietes von nationaler Bedeutung. Durch das Ja zur Kulturlandinitiative habe sich eine neue Möglichkeit für die Strassenführung aufgedrängt.

Der Anschluss an die bestehende Strasse führt nun durch ein Gebiet, das aufgrund der Kulturlandinitiative nicht mehr als Bauland eingezont werden kann, wie Muff ausführte. Es würden auch keine Fruchtfolgefleichen mehr beansprucht. Die Neubaustrecke werde um 200 Meter kürzer. Die Leistungsfähigkeit leide aber nicht unter den Verbesserungen für den Natur- und Landschaftsschutz.

Die neue Strasse im Quartier Loren wird etwa 1150 Metern lang. Das Überführungsbauwerk über die Bahnlinie hat eine Länge von 470 Metern.

**Stadt Uster: Planung für Fortsetzung vorantreiben**

Für Stadtpräsident Bornhauser ist die rasche Realisierung des Strassenprojektes nicht nur für die Verkehrsentlastung - vor allem des Quartiers «Gschwader» - wichtig, sondern auch für die ehrgeizigen



Pläne einer Aufwertung und Ausweitung des Stadtzentrums. Der Durchgangsverkehr auf der alten Strasse würde verhindern, dass das geplante Kulturzentrum auf dem Zeughausareal mit den Verwaltungs- und Einkaufszentren verbunden werden könnte.

Der Stadtrat bittet die kantonale Baudirektion, parallel zur Weiterbearbeitung des Projektes «Uster West» die Planung einer Fortsetzung südlich der Bahnlinie voran- zutreiben. Dass entsprechend dem Richtplan eine Lösung gefunden werden müsse, sei unbestritten, konkrete Projektierungsaufträge gebe es allerdings noch nicht, sagte Muff.

*Mehr dazu lesen Sie im ZO/AvU vom Samstag, 4. Mai. (khe/sda)*

Erstellt: 03.05.2013, 15:40 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

## Reaktionen zu «Uster West»: Von «untauglich» bis «positiv»

Aktualisiert am 03.05.2013

**Das Strassenprojekt «Uster West» ist an die Restriktionen der Kulturlandinitiative angepasst worden. Die Parteien reagieren sehr unterschiedlich auf die am Freitag präsentierte neue Linienführung.**



Zwischen den Wohnhäusern rechts und den KMU-Boxen links soll so bald wie möglich die Strasse Uster West erstellt werden. (Bild: Eduard Gautschi)

### Artikel zum Thema

**«Uster West» wurde wegen Amphibien angepasst**

**An Uster West festhalten**

**Ist das «Ja» zur Unterführung auch ein**

Das kantonale Strassenprojekt «Uster West» ist leicht angepasst worden. Mit der ursprünglichen Linienführung wäre unter anderem ein Amphibienlaichgebiet abgetrennt worden (**wir berichteten**). Die Reaktionen der Parteien dazu sind gespalten.

«Nein» zu Uster West?  
Kantonsrat heisst Kredit für «Uster West» gut

Teilen und kommentieren

Die **Grünliberalen Kanton Zürich** erachten das Projekt «weiterhin als untauglich». Die neu präsentierte Linienführung der Strasse im Norden könne «nicht darüber hinwegtäuschen, dass national bedeutende Moore dauerhaft beeinträchtigt werden, und dass sich der Verkehr am Südende der Strasse konzeptlos in die Stadt Uster ergiesst».

Mit der Kulturlandinitiative habe die Projektänderung nicht viel zu tun.

Die **Ustermer Grünliberalen** schlagen in dieselbe Kerbe. Das neuste Projekt zur Strasse Uster West sehe weiterhin das riesige Überführungsprojekt vor, das nördlich auf die beiden Kreisel im Quartier Uster West treffe. Immerhin reduziere sich in der neuen Linienführung «das unsinnige Vorhaben etwa um die Hälfte». Doch auch den Rest «könnte man sich schenken», so die Partei, da die Strasse ebenso gut vom bestehenden Kreisel direkt zur Winterthurerstrasse geführt werden könne. Insgesamt fehlt der Partei ein Verkehrskonzept, das die Auswirkungen von Uster West aufzeigt.

Die **Grünen Uster** sprechen zumindest von einem «ersten positiven Schritt in die richtige Richtung». Die vorgesehenen Anpassungen würden zeigen, dass die Kulturlandinitiative sehr restriktiv umgesetzt werden soll. Trotzdem lasse der Regierungsrat die letzte Konsequenz vermissen: Denn zu «Uster West» gehöre auch die Moosackerstrasse, die kaum mehr realisiert werden könne, wenn die Kulturlandinitiative derart restriktiv umgesetzt würde wie im Fall «Uster West». Ohne die Moosackerstrasse würde Uster West kaum noch Sinn machen.

**Hier** geht es zu den Reaktionen der politischen Parteien. Mehr zum Thema lesen Sie im ZO/AvU vom Samstag, 4. Mai. (khe)

Erstellt: 03.05.2013, 20:40 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

**Finden Sie seriöse Singles in Ihrer Nähe:**



Bern     Basel     Zürich  
 Lausanne     Luzern     St. Gallen  
 Genf     Lugano     Chur

**Jetzt Partnersuche starten!**

**PARSHIP.ch**  
*Neue Zürcher Zeitung*

NZZ.CH  
 Zürich  
 16°

Neue Zürcher Zeitung

– 4. Mai 2013, 13:50 –



EXPERIMENT  
 ERDE  
 Der Umwelt-  
 und Klimablog

## ÜBERSICHT

Gestern, 20:34  
**Strassenbauprojekt abgeändert**

# Uster West wird verkürzt

Übersicht    Gestern, 20:34



Uster West: Grüne und Grünliberale von Uster anerkennen, die neue Linienführung sei besser. Die GLP bedauert jedoch, dass der Kanton das Projekt nur halb anpasst. (Bild: Christian Beutler / NZZ)

**Die Strasse Uster West soll erst innerhalb des Siedlungsgebietes von der Winterthurerstrasse abzweigen. Die Baudirektion begründet die Änderung mit dem Ja zur Kulturlandinitiative.**

*Stefan Hotz*

Im Oktober bewilligte der Kantonsrat den Kredit von 21 Millionen Franken für den Bau der Strasse Uster West mit 127 zu 45 Stimmen. Dennoch passt die Baudirektion das Projekt nachträglich an, wie sie am Freitag an einer gemeinsamen Medienorientierung mit dem Ustermer Stadtrat vor Ort bekanntgegeben hat. Die Änderung betrifft die umstrittene Verlegung der Winterthurerstrasse, die zum Anschluss Uster West der Oberlandautobahn führt. Die neue Strasse soll nicht mehr ausserhalb des Siedlungsgebietes, sondern etwa 200 Meter später nach den ersten Häusern in das Entwicklungsgebiet Loren abzweigen, wo ein Teilstück bereits gebaut ist (siehe Karte). Der südliche Abschnitt mit einem Viadukt über die Bahngeleise bleibt unverändert.

### Frösche können weiter laichen

Begründet wird die Anpassung mit dem Ja zur kantonalen Kulturlandinitiative im Juni 2012. Die Baulücke, durch die die Strasse neu durchführen soll, war zur Einzonung vorgesehen, was nicht mehr möglich sei, wurde erklärt. Allerdings steht nicht fest, ob der Kantonsrat die Umsetzungsvorlage, die der Regierungsrat in den nächsten Wochen verabschieden muss, annimmt. Ausserdem würde ein solcher Beschluss, da der Entwurf Änderungen am Planungs- und Baugesetz vorsieht, dem



NZZ, Weiter gedacht



**Bis du top**

#### WETTBEW

+NZZ Campus  
 +MakingScience  
 suchen die  
 interessante  
 wissenschaftl  
 Arbeiten

NZZ  
 CAMP

fakultativen Referendum unterstehen. Überdies sollen Einzonungen möglich bleiben, sofern das neue Bauland kompensiert wird, durch Auszonung an einem anderen Ort oder indem Landwirtschaftsböden verbessert werden. Der Strassenbau ist nach Ansicht der Regierung von der Initiative nicht betroffen.

Mit der neuen Variante, die im Juni öffentlich aufliegt, verbessern sich aber die Chancen des Projekts in einer gerichtlichen Überprüfung. Die frühere Linienführung führte durch ein geschütztes Amphibienlaichgebiet. Kantonsingenieur Felix Muff räumte ein, man sei nicht mehr sicher gewesen, ob das vorherige Projekt in Lausanne Bestand gehabt hätte. Er bezog sich unausgesprochen auf das Aus für die geplante Lückenschliessung der Oberlandautobahn vor dem Bundesgericht. Allerdings führt die Strasse immer noch nah an einem Flachmoor von nationaler Bedeutung vorbei. Die Vertreter des Kantons zeigten sich überzeugt, dass das Prozessrisiko nun minimiert sei.

Usters Bauvorstand Thomas Kübler erklärte, man sei den Anliegen des Naturschutzes einmal mehr entgegengekommen; weiterer Widerstand wäre reine Obstruktionspolitik. Stadtpräsident Martin Bornhauser legte die Bedeutung der Strasse für Uster dar. Die Wohngebiete entlang der Winterthurerstrasse seien nicht gegen Lärm geschützt, ausserdem weiche der Verkehr in die Wohnquartiere aus, und der Bus bleibe im Stau stecken. Der Stadtrat will vor allem den Bau der Bahnunterführung Winterthurerstrasse vermeiden, für die er aufgrund eines Volksentscheids vom Herbst widerwillig eine Vorlage ausarbeiten muss. Damit würde der Verkehr die Anbindung des Zeughausareals, wo ein Kultur- und Tagungszentrum entstehen soll, an das Stadtzentrum unterbrechen.

### Grüne und GLP unzufrieden

Die Kritiker von Uster West meldeten sich umgehend zu Wort. Grüne und Grünliberale von Uster anerkennen, die neue Linienführung sei besser. Die GLP bedauert jedoch, dass der Kanton das Projekt nur halb anpasst. Da es immer noch das Moor beeinträchtigt, lehnen sie es ab. Wie die Grünen monieren sie, dass die Fortsetzung im Süden von Uster ungeklärt sei, wo der Bau einer weiteren neuen Strasse vorgesehen ist. Die GP wertet die Änderung auch als positives Zeichen, dass die Regierung die Kulturlandinitiative restriktiv umsetzen wolle.

---

#### Anzeige



#### Autoversicherung einfach...

...und online abschliessen. 10% günstiger mit Help Point Plus von Zurich Connect!

[Jetzt Prämie berechnen!](#)



#### Ihre Unternehmenskultur

ist aussergewöhnlich mit speziell für Ihre Produkte gemalten Kunstwerken.

[Sehen Sie sich Beispiele an](#)



#### Best-selling Books

We offer you the greatest choice of English books. 15 %-Coupon: Sunshine

[Find bestsellers now](#)

#### Der NISSAN JUKE n-tec 4x4



Innovation und Intuition zum Durchstartpreis: Jetzt ab FR . 27 799. beim Händler.

[Nissan.ch/JUKEntec](http://Nissan.ch/JUKEntec)

---

## KOMMENTARE

---

# Uster West leicht verkürzt

**USTER.** Der Kanton hat die Linienführung des Strassenprojekts Uster West angepasst. Man will die Naturschützer für das Projekt gewinnen.

EDUARD GAUTSCHI

Im bisherigen Projekt wäre die Strasse Uster West vor der ersten Siedlung von der Winterthurerstrasse abgebogen. Und zwar ungefähr dort, wo die Werrikerstrasse in die Winterthurerstrasse einmündet. Von dort wäre Uster West praktisch parallel zur Winterthurerstrasse zwischen KMU-Boxen und Wohnhäusern ins Gebiet Loren geführt worden. Nach der Überarbeitung des Projekts durch den Kanton zweigt Uster West etwa 200 Meter später im Gebiet Brandschänki zwischen der ersten Siedlung und Wohnhäusern nach rechts in die Loren ab.

Besser geschützt wird mit der neuen Linienfestlegung ein Amphibienlaichgebiet. Beim Kanton hatte man die berechtigte Furcht, dass die Linienführung vor Gericht erfolgreich hätte angefochten werden können, weil sie ein Laichgebiet von nationaler Bedeutung beeinträchtigen könnte.

## Überbauung verhindert

Ermöglicht wurde die Verschiebung der Strasse auch durch die Kulturlandinitiative. Die Strasse führt nun über ein Stück Land, für das man ursprünglich einen



Zwischen den Wohnhäusern rechts und den KMU-Boxen links soll so bald wie möglich die Strasse Uster West erstellt werden. Bild: Eduard Gautschi

Gestaltungsplan erarbeiten und anschliessend überbauen wollte. Nach Annahme der Initiative durch das Zürcher Stimmvolk im Juni 2012 kann das Land aber nicht mehr eingezont und überbaut werden, erklärten gestern die Vertreter des Kantons.

Mit der neuen Linienwahl sollen, so betonten die Vertreter des Kantons und der Stadt Uster, die Naturschutzverbände beschwichtigt und ins Boot geholt werden. Man hofft, dass sie dank dem besseren Schutz des Laichgebiets das Strassenpro-

jekt nun nicht durch den Gang ans Gericht verzögern. Ob das gelingt, wird sich weisen.

## Anwohner unzufrieden

Opposition zu erwarten ist von den Bewohnern der Neubauten an der Winterthurerstrasse und

der KMU-Boxen. Gegen die Strasse wehrt sich vor allem der Verein Lebensqualität Uster West. Er wurde 2008 gebildet, um das Naherholungsgebiet mit den verschiedenen Flachmoorbereichen in Usters Westen zu erhalten. **Seite 5**

# Neue Linienführung für Uster West

**USTER.** «Uster West» wurde angepasst, die Linienführung verändert. Die Abzweigung von der Winterthurerstrasse wurde in die Brandschänki verlegt. Damit soll dem Naturschutz und der Kulturlandinitiative Rechnung getragen werden.

EDUARD GAUTSCHI

Die Reaktion der Grünen Partei (GP) und der Grünliberalen Partei (GLP) liess nicht lange auf sich warten. Kurz nachdem der Kanton zusammen mit der Stadt Uster gestern die Änderung der Linienführung der Umfahrungsstrasse Uster West erläutert hatte, titelte die GLP in ihrer Medienmitteilung «Besser, aber nicht gut genug», und die GP hieb mit «Richtige Richtung – aber nicht konsequent» in die gleiche Kerbe. Während die Grüne Partei Uster den Verzicht auf das Strassenprojekt fordert, verlangen die Grünliberalen eine neue Linienführung im Bereich der Winterthurerstrasse/Lorenweg. Weitere Konflikte sind programmiert, weil die Anwohner der neuen Strasse wohl kaum ein rechtliches Mittel auslassen werden, um den Bau des Strassenstücks zu verhindern.

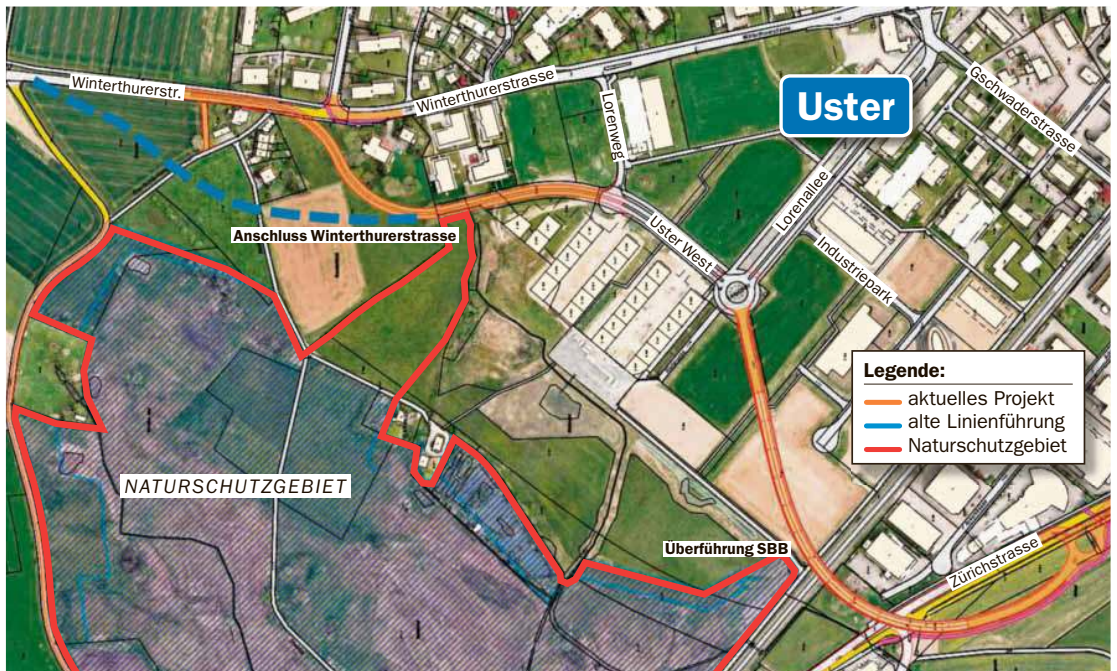
## Laichgebiet nicht tangieren

Der Kanton will, unterstützt von der Stadt Uster, das 21 Millionen Franken teure Strassenstück Uster West bauen. Der entsprechende Kredit wurde vom Kantonsrat im Oktober 2012 mit 127 zu 45 Stimmen bewilligt. Mit der neuen Strasse soll die Winterthurerstrasse mit der Zürcherstrasse verbunden werden, um das Stadtzentrum zu entlasten. Die Strasse führt im Gebiet Brandschänki von der Winterthurerstrasse durch das Gebiet Loren und dann über ein Viadukt über die Bahnlinie zur Zürcherstrasse (siehe Plan). Mit der Verlegung des Abzweigers von der Winterthurerstrasse Richtung Brandschänki wollte man vermeiden, dass ein Amphibienlaichgebiet vom Bau betroffen wird.

Der Respekt vor einer Klage von Naturschützern wegen der Verletzung des Laichgebiets und der damit einhergehenden Verzögerung des Projekts war beim Kanton offenbar gross. Laut Kantonsingenieur Felix Muff beurteilte die Zürcher Baudirektion die Chancen in einem Rechtsstreit vor Bundesgericht nämlich als «unsicher».

## Baubeginn im Herbst 2014

Mit der Verlegung der Strasse hofft man die Naturschützer zu beruhigen und sie von einem Gang an die Gerichte abzuhalten. Das neue Projekt sei bezüglich Naturschutz verbessert und die rechtlichen Risiken minimiert worden. Öffentlich aufgelegt werden sollte es vom 7. Juni bis 7. Juli. Wenn der



Mit der Verlegung der Abzweigung der Strasse Uster West bei der Winterthurerstrasse wird ein Amphibienschutzgebiet von nationaler Bedeutung geschützt. Bild: zvg/zo

Rechtsweg nicht beschritten werde, könne mit den Bauarbeiten im Herbst 2014 begonnen werden. Die Bauarbeiten sollen rund zwei Jahre dauern.

Laut Muff ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Kosten wegen der Verkürzung der Strasse um rund 200 Meter wesentlich verringern werden. Grund dafür seien die Lärmschutzmassnahmen.

Bauvorstand Thomas Kübler wies wie auch der Stadtpräsident Martin

Bornhäuser darauf hin, dass Stadtrat und Gemeinderat eine möglichst rasche Realisierung begrüssen.

## Auf Rechtmittel verzichten

Die neuen Linienführung habe den Nachteil, dass die Abzweigung nur nur wenige Meter vor der Einmündung der Haberweidstrasse in die Winterthurerstrasse zu liegen komme. Die Unterbrechung der Winterthurerstrasse werde entsprechend kurz ausfallen.

Für die Verlegung der Strasse spreche auch, dass nach Annahmen der Kulturlandinitiative die ursprünglich beabsichtigte Überbauung des Gebiets Brandschänki via einen hierfür zu erarbeitenden Gestaltungsplan zunichtegemacht worden sei. Dadurch könne das Land nun für Uster West beansprucht werden.

Auch Kübler betonte, dass die Projektanpassung «indessen auch mit der Erwartung verknüpft ist, dass insbeson-

dere die Naturschutzverbände ihre Anliegen nunmehr als erfüllt betrachten und entsprechend auch auf Rechtsmittel gegen das Projekt verzichten». Alles andere, so Kübler, wäre als «unsubstanzierter und somit reine Obstruktion zu würgen». Dass die Naturschutzverbände klagen werden, ist nicht auszuschliessen, grenzt das Trasse der neuen Strasse doch ein kurzes Stück an ein Schutzgebiet.

## Moosackerstrasse bauen

Kübler wies gleich noch auf das nächste Problem hin, das der Stadt ins Haus steht. Soll Uster einermassen umfahren werden können, muss auch die Moosackerstrasse als Verbindung zwischen der Riediker- und der Seestrasse erstellt werden. Sie figuriert im Richtplan als Fortsetzung der Wilstrasse. Kübler gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Kanton dieses Projekt «möglichst rasch an die Hand nimmt».

Die Moosackerstrasse wird in einer Mitteilung auch von der Grünen Partei thematisiert. Sie könne nicht mehr gebaut werden, wenn der Kanton die Initiative so restriktiv auslege, wie er das nun bei Uster West getan habe. Ohne Moosackerstrasse aber mache Uster West kaum mehr Sinn. Konsequenterweise sei darum auf Uster West zu verzichten.

## Ein Ursprungszweck ging verloren

Als das Projekt «Uster West» im April 2008 öffentlich aufgelegt wurde, diente es nicht nur der Entlastung der Winterthurerstrasse. Mit Uster West und dem gleichzeitigen Ausbau der Werrikerstrasse wollte man erreichen, dass der Niveauübergang in Werriker geschlossen werden kann. Finanziert werden sollte das Projekt deshalb mit den Resten eines Kredits aus dem Jahre 1981, der vom Kantonsrat einst für die Aufhebung von Niveauübergängen gesprochen worden war. Darüber entbrannte sogleich ein Streit, der damit endete, dass das übrig gebliebene Geld für den Bau von Uster

West verwendet werden darf, für die baulichen Massnahmen an der Winterthurerstrasse hingegen nicht. Die Redimensionierung der Winterthurerstrasse hat nichts mit der Aufhebung des Bahnübergangs zu tun.

Dann aber stellte man fest, dass die Werrikerstrasse weder in südlicher noch in nördlicher Richtung verbreitert werden kann. Sie grenzt nämlich südlich an ein Naturschutzgebiet. Wenn die Strasse aber nicht ausgebaut werden kann, kann auch der Niveauübergang nicht aufgehoben werden. Ein Verkehrsweg zwischen Uster und Werriker muss unbedingt bestehen

bleiben. Da ohne Ausbau der Werrikerstrasse auch kein Niveauübergang aufgehoben werden kann, kann auch der dafür vorgesehene Kredit von 1981 nicht mehr verwendet werden. Der Kantonsrat musste deshalb letztes Jahr einen neuen Kredit für das Projekt genehmigen.

Die nächste Hürde stand damals bereits fest: Vier Monate vor der Genehmigung des Kredits im Oktober 2012 hatten die Stimmberechtigten des Kantons Zürich die Kulturlandinitiative gutgeheissen. Welche Auswirkungen sie auf das Projekt haben wird, steht noch nicht fest. (gzu)

## Virus im Wagerenhof

**USTER.** Im Wagerenhof ist das Norovirus ausgebrochen. Laut Luzius Voigt, Gesamtleiter des Wagerenhofs, wurden alle möglichen Massnahmen getroffen, um alle noch nicht erkrankten Mitarbeitenden und Menschen mit Beeinträchtigungen sowie die Kunden des Wagerenhofs vor einer Infektion zu schützen.

Eine Folge davon ist die umgehende Schliessung sämtlicher Dienstleistungsbetriebe. Darunter fallen auch die integrative Kinderkrippe Beluga, der Blumenladen, der Wagi-Blickfang, der Hofladen sowie die internen Catering-Aktivitäten. Dem Noro-Virus fällt deshalb auch der Sonntagsbrunch vom 5. Mai zum Opfer. Luzius Voigt hofft, dass sich in der kommenden Woche alles wieder normalisiert. Infos zu den Öffnungszeiten erhält man beim Empfang, unter Telefon 044 905 1311 oder www.wagerenhof.ch (gzu)

## Neues Werkgebäude für 1,8 Millionen

**MÖNCHALTORF.** Neben dem Feuerwehrgebäude will der Gemeinderat ein Werkgebäude bauen. Über den Kredit befindet die Gemeindeversammlung.

FLURINA KUHN

Für die Erstellung eines neuen Werkhofgebäudes beantragt der Gemeinderat Mönchaltorf der Gemeindeversammlung vom 27. Juni, einen Investitionskredit von 1,8 Millionen Franken zu genehmigen. Es soll auf einer Fläche von rund 1600 Quadratmetern neben dem Feuerwehrgebäude zu stehen kommen. Das Land liegt in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen, wie der Gemeinderat in einer Mitteilung schreibt.

Im neuen Gebäude werden alle Maschinen, Geräte und Fahrzeuge untergebracht sowie sämtliche Nebenräume wie Lager, Aufenthalt, Garderobe, Werkbüro und Nasszellen eingeplant. Die Nutzfläche für beide Geschosse beträgt etwa 900 Quadratmeter. Das zweigeschossige Gebäude soll aus Kostengründungen ohne Untergeschoss erstellt werden.

Die alte Gemeindegemeinschaft entspricht nicht mehr den spezifischen Anforderungen eines Werkbetriebs. Auch die hygienischen Einrichtungen genügen trotz einigen Anpassungen in den letzten Jahren nicht mehr. Zudem steht der alte Werkhof in einer geplanten Bauzone und somit auf einem potenziell sehr teuren Grundstück. Bis zum Zeitpunkt einer Bau- und Zonenplananpassung sei geplant, das Gebäude

sinnvoll fremdzuvermieten, damit die Gemeinde einen zusätzlichen Ertrag erwirtschaften kann.

## Neue Sammelstelle

Zusätzlich zum Werkgebäudekredit beantragt der Gemeinderat Mönchaltorf einen Investitionskredit von 345'000 Franken für die geplante neue Sammelstelle beim neuen Werkhofgebäude. Dies unter dem Vorbehalt, dass dem Bau des neuen Werkhofs zugestimmt wird. Eine Angliederung der Sammelstelle an den neuen Werkhof weist gemäss Gemeinderat viele Vorteile auf. Einer davon: Die Abfallsammelstelle würde durch das Werkpersonal bedient und betreut. Ein Belassen der Sammelstelle am jetzigen Standort würde sich zudem negativ auf die Vermietbarkeit des alten Werkhofs auswirken.

## Huawei reagiert

**DÜBENDORF.** Nach einer Polizeirazzia und neun Verhaftungen wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz reagiert der chinesische Telekommunikationskonzern Huawei mit Sitz in Dübendorf: Wie der Konzern am Freitagabend einen Bericht von «NZZ Online» bestätigte, betraute er eine Drittfirma mit dem Einholen der Arbeitsbewilligungen. Zudem setzte Huawei einen Verantwortlichen für die Umsetzung der Konzerngrundsätze ein, einen sogenannten Compliance Officer, wie die Firma auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA mitteilte. Um die nötigen Arbeitsbewilligungen für Personal aus China und anderen Nicht-EU-Staaten wird demnach die Agentur Sgier und Partner besorgt sein. Hinzu kommen gemäss den Angaben wöchentliche Routineüberprüfungen und ein externer Prüfer, der die Umsetzung der Konzerngrundsätze in der Schweiz überwacht. (zo)

# «Uster-West» wird angepasst

Der Kanton und die Stadt präsentieren die neue Route der Umfahrung als bessere Lösung für den Naturschutz. Für die Gegner ist das Projekt «weiterhin untauglich».

## Von Ruedi Baumann

Uster - Die kantonale Baudirektion und die Stadt Uster nennen in einem Communiqué das Ja zur Kulturlandinitiative im Sommer 2012 als Grund für die Projektänderung. Der Anschluss an die Winterthurerstrasse wird ins Gebiet «Brandshänki» verlegt. Vorteile der geänderten Linienführung: Das Naturschutzgebiet Werrikerriet wird grossräumiger umfahren, das Amphibienschutzgebiet wird nicht mehr tangiert, und die neue Strasse wird 200 Meter kürzer. Zudem wäre die Beanspruchung von Kulturland und Fruchtfolgeflächen durch die ursprünglich geplante Verlegung der Winterthurerstrasse «rechtlich unklar» gewesen, heisst es in der Mitteilung.

Das Projekt «Uster-West» soll das Ustermer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlasten, gleichzeitig sollen die Rückstaus an zwei Bahnübergängen vermieden werden. Der Kantonsrat hatte im letzten Herbst mit 127:45 Stimmen einen 21-Millionen-Kredit bewilligt. Die rechtlichen Bedenken tauchten erst in der kantonsrätlichen Vorberatung auf. Die Chancen in einem Rechtsstreit vor Bundesgericht wurden als unsicher bewertet.

Nach Ansicht des grünliberalen Kantonsrats und Pro-Natura-Geschäftsführers Andreas Hasler ist das Projekt «weiterhin untauglich». Die Umfahrung des Amphibienschutzgebiets beseitige zwar einen der grossen Schwachpunkte. Dies - und nicht die Kulturlandinitiative - dürfte gemäss Hasler der Grund für die Projektänderung gewesen sein. Trotz neuer Linienführung würden bedeutende Moore dauerhaft beeinträchtigt. Und der Verkehr am Südeinde ergiesse sich weiterhin «konzeptlos» in die Stadt Uster. Zudem schlage der Kanton eine Linienführung vor, die mit ihren vielen Kurven an eine Bergstrasse erinnere.



## Festhalten am «absurden Bauwerk»

**USTER.** Am Freitag, 3. Mai, hat die Baudirektion des Kantons das überarbeitete Strassenprojekt «Uster West» vorgestellt (wir berichteten). Der Verein Lebensqualität Uster West begrüsst in einer Stellungnahme, dass das Amphibienlaichgebiet dank der neuen Linienführung geschützt wird. Gleichzeitig bedauert er, dass Kanton und Stadt Uster an diesem «absurden Bauwerk» festhalten. Die neue Linienführung löse den Konflikt mit dem Moorschutz nicht. Es zeuge von einem etwas seltsamen Demokratieverständnis, wenn Kulturland, welches wegen der Kulturlandinitiative nicht überbaut werden könne, für den Bau einer Strasse verwendet werde.

Es sei nicht nachzuvollziehen, wieso die Strasse nicht, wie im Richtplan festgehalten, in der Loren in die Winterthurerstrasse münden soll. Damit könnten sämtliche Konflikte mit dem Moorschutz und der Kulturlandinitiative ausgeräumt werden. Wenn Stadtrat Thomas Kübler allfällige Opposition gegen das neue Projekt als «Obstruktion» abkanzle und sich gleichzeitig nicht für die vom Volk gewünschte Unterführung Winterthurerstrasse einsetze, dann sei er nicht mehr tragbar, schreibt der Verein.

In den vergangenen fünf Jahren sei das Projekt zweimal überarbeitet worden, und nun liege das «dritte Flickwerk Uster West» vor. Es sei ziemlich absurd, einen gigantischen Bahnübergang zu bauen, der nicht einmal die Aufhebung eines Bahnübergangs ermögliche. (gau)

# Initiative gegen «Uster West»

**USTER.** Mit einer Volksinitiative soll Druck auf den Ustermer Stadtrat gemacht werden. Er solle sich gegen das Strassenprojekt «Uster West» einsetzen, verlangen die Initianten. Die Forderung kommt reichlich spät.

*EDUARD GAUTSCHI*

Ab Freitag, 7. Juni, liegt für 30 Tage das Strassenprojekt «Uster West» öffentlich auf. Heute Mittwoch, 5. Juni, beginnt die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative, mit der dieses Strassenprojekt verhindert werden soll. Die Initianten wollen die «zuständigen politischen Or-

gane der Stadt Uster verpflichten, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln gegen die Realisierung des kantonalen Strassenprojekts «Uster West» zu wehren».

Dieses Ziel zu erreichen, wird schwierig sein. Nicht wegen der benötigten 600 Unterschriften, sondern weil noch nicht klar ist,

ob die Initiative in dieser Form für gültig erklärt werden kann. Zweitens besteht ein Durcheinander bezüglich der Fristen. Die öffentliche Auflage des Projekts wird wahrscheinlich vorbei sein, bevor die Unterschriften gesammelt sind. Bis eine Volksabstimmung stattfindet, könnten zwei Jahre vergehen.

## Volk soll mitreden

Das alles ist auch den Initianten klar. Dominic Brem vom Initiativkomitee und Präsident des Vereins Lebensqualität Uster West sagt: «Wir wollen mit die-

ser Volksinitiative primär ein Zeichen setzen. Die Ustermer konnten bisher nie über das Projekt abstimmen.» Es könne doch nicht sein, dass der Ustermer Stadtrat «nach dem Ja des Volks zur Unterführung Winterthurerstrasse weiterhin das Strassenprojekt «Uster West» unterstützt, als ob diese Abstimmung nie stattgefunden hätte».

Mit der Strasse Uster West soll für 21 Millionen Franken eine Verbindung von der Winterthurer- zur Zürichstrasse hergestellt werden, mit der das Stadtzentrum entlastet werden kann.

## «Volksinitiative Uster West führt Volk in die Irre»

Aktualisiert am 12.06.2013

**Der Stadtrat nimmt Stellung zur laufenden Volksinitiative zu Uster West. Sie führe die Stimmbürger in die Irre, da diese gar kein Mitspracherecht hätten.**



Laut dem Stadtrat führe die Volksinitiative zu Uster West die Stimmbürger in die Irre. Im Bild das Stadthaus Uster. (Bild: Archiv ZO/AvU)

### **Initiativkomitee wehrt sich**

In einem Schreiben vom Mittwoch, 12. Juni, wehrt sich das Initiativkomitee gegen die Vorwürfe des Stadtrates.

### **Lesen Sie hier die Rechtfertigung.**

Seit dem 7. Juni liegt während 30 Tagen das Projektdossier «Strasse Uster West» bei der Stadt Uster, Abteilung Bau, öffentlich auf. Der Stadtrat Uster zeigt sich erfreut, dass der Zeitplan eingehalten werden konnte und das Dossier noch vor den Sommerferien für jedermann offenliegt, wie er in einer Mitteilung schreibt. Gleichzeitig mit der Planaufgabe haben sich die Gegner des Strassenprojektes erneut

**Artikel zum Thema**

«Uster West» wurde wegen Amphibien angepasst

An Uster West festhalten

Reaktionen zu «Uster West»: Von «untauglich» bis «positiv» Initiative gegen «Uster West»

**Teilen und kommentieren**

formiert. Mittels einer Volksinitiative fordern sie mitunter den Stadtrat auf, sich gegen die Realisierung der geplanten kantonalen Strasse Uster West zu stellen.

Die Strasse Uster West liegt als kantonale Strasse im Zuständigkeitsbereich des Kantons. Ein Recht auf Mitsprache besteht für die Ustermer Stimmbürger somit nicht. Bestenfalls hätte das Zürcher Stimmvolk seine Meinung bekunden können, wäre gegen den Kreditbeschluss des Kantonsrates das Referendum ergriffen

worden. Bekanntlich ist dies nicht geschehen.

**Ustermer können nicht mitbestimmen**

Der Stadtrat Uster bedauert es daher sehr, dass mit der laufenden Volksinitiative den Ustermer Stimmbürgern vorgetäuscht wird, sie könnten bezüglich der Realisierung der Strasse Uster West heute noch mitbestimmen. Auch hat der Stadtrat erhebliche Vorbehalte betreffend die Gültigkeit der Initiative, beinhaltet sie doch keinen einem allfälligen Referendum unterstehenden Gegenstand, was indessen eine Gültigkeitsvoraussetzung ist. Diese Frage wird der Gemeinderat im Falle des Zustandekommens der Initiative zu beantworten haben.

Das nunmehr aufgelegte Projekt weist insbesondere bezüglich Natur- und Landschaftsschutz wesentliche Verbesserungen auf. Naturschützerische Bedenken sollten endgültig vom Tisch sein. Wieso sich die Initianten dennoch vehement gegen das seit Jahren allseits bekannte Strassenprojekt Uster West stellen, ist für den Stadtrat nicht nachvollziehbar.

**Bauarbeiten beginnen im Sommer 2014**

Mit der neuen Strasse Uster West werde das Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet und die Rückstaus an den beiden Bahnübergängen Winterthurer- und Zürichstrasse verschwinden. Diese beiden Übergänge verlieren ihre kantonale und regionale Bedeutung, können jedoch als innerstädtische Verbindungen weiterhin befahren werden.

Mit dem vorliegenden Projekt rückt der Baubeginn und somit die Linderung der Verkehrssituation an den SBB-Barrierenschranken Winterthurerstrasse in greifbare Nähe: Sofern während der Auflagefrist keine Einsprachen erhoben werden, kann mit den Bauarbeiten im Sommer 2014 begonnen werden. (fku)

Erstellt: 11.06.2013, 18:32 Uhr

Noch keine Kommentare

**ANALYSE:** EDUARD GAUTSCHI ÜBER DAS THEMA VOLKSVERTRETER

## Volk ohne Volksvertreter

Die gewählten 36 Mitglieder des Ustermer Gemeinderats vertreten die Ustermer Bevölkerung. Schön wärs. In erster Linie vertreten die 36 Mitglieder des Ustermer Gemeinderats nämlich die Haltung ihrer Partei. Dabei zeichnen sie sich vor allem durch ihre Fraktionsdisziplin aus. Dass die Parlamentarier ihre Partei vertreten, ist logisch und durch das Wahlsystem legitimiert. An der Urne gewählt wird das Parlament mit Parteienlisten. Die Sache mit der Fraktionsdisziplin ist nicht so logisch, da die Parlamentarier eigentlich nur ihrem Gewissen verpflichtet sind und die Fraktionsdisziplin somit zweitrangig wäre. Dass diesem Grundsatz entsprechend abgestimmt wird, geschieht aber eher selten.

Vor allem bei ideologisch umstrittenen Geschäften drückt sich das im Abstimmungsresultat aus. Die Ratsrechte stimmt im Ustermer Parlament regelmässig geschlossen gegen die Ratslinie und gewinnt dann dank einer oder zwei Stimmen Vorsprung fast jede Ausmar-

chung. Dieses System hat den Vorteil, dass eine gewisse Kontinuität gewährleistet wird, und den Nachteil, dass sich aus Sicht der unterlegenen linken Ratshälfte in Uster «nichts bewegen lässt», wie jeweils beklagt wird. Das Abstimmungsverhalten wird an den Fraktions-sitzungen festgelegt und ist entsprechend vorhersehbar. Wer glaubt, dass im Parlament Uster diskutiert wird und Meinungen gefasst werden, die dann ihren Niederschlag in den Abstimmungen finden, ist ein Träumer. Diskussionen finden zwar statt, aber sie sind eigentlich nur fürs Parkett, sprich für das Publikum und die Presse.

Ruedi Gysi, alt SVP-Gemeinderat mit einem Hang zum Dichten, hat diese Probleme bei seiner Abschiedsrede vor wenigen Wochen in gereimter Form zum Besten gegeben. «Oft geht es zu, ach oh Graus, fast wie in einem Schauspielhaus.» Und weiter: «Vorschläge, die man präsentiert, werden meistens abserviert,

denn aus der Parteien Sicht gilt die andre Meinung nicht.»

Er hat damit gleich zwei Probleme auf den Punkt gebracht: Die Fraktionsmeinung ist bindend und die öffentliche Sitzung eine rein Schau. Nachdem die Fraktionssprecher die Haltung ihrer Partei erklärt haben, könnte man ohne Umschweife zur Abstimmung schreiten. Das Resultat wird durch die Debatte im Rat nicht beeinflusst – höchstens die Haltung der Parlamentarier zu einem Thema, wenn auch nur sehr langsam und langfristig.

Ich kann mich nicht erinnern, dass in all den Jahren, in denen ich die Arbeit von insgesamt fünf Parlamenten verfolgen konnte, einmal ein Parlamentsmitglied aufgestanden wäre und gesagt hätte: «Das Votum des Gemeinderatskollegen hat dermassen überzeugt, dass ich meine Meinung geändert habe.» Dass das ideologisch festgefahrene Parlament einen Meinungsumschwung in der Bevölkerung

nicht wahrnimmt, erstaunt deshalb nicht. Vor allem dann nicht, wenn es sich um ein Geschäft handelt, das seit Jahren auf der Traktandenliste steht. Beispiele dafür sind die Unterführung Winterthurerstrasse und die Verlegung der Buswendeschleife bei der Schiffflände, bei der es ja um das Restaurant La Boîte ging.

Seit Jahren sind Stadtrat und Gemeinderat gegen die Unterführung Winterthurerstrasse. Bis zur letzten Abstimmung darüber wussten sie dabei das Volk hinter sich. Aber das Volk hat seine Meinung geändert. Diesem Umstand halbwegs Rechnung getragen hat nur die SVP. Sie beschloss als einzige Partei Stimmfreigabe. Bei der Abstimmung über die Buswendeschleife ging es primär um die Sicherstellung eines Standorts für das Restaurant La Boîte. Die Opposition gegen dieses Objekt ist gross. Eine Petition mit über 6000 Unterschriften deutete schon vor Jahren darauf hin.

Den Gemeinderat und den Stadtrat interessierte dies bisher wenig. Eine Abstimmung über «La Boîte» konnte nie stattfinden, ging es doch immer nur um die Baubewilligung. Jetzt fand eine «Stellvertreterabstimmung» statt, und das Volk versenkte die Verlegung der Buswendeschleife zusammen mit der Idee, «La Boîte» beim Kiosk an der Schiffflände zu erstellen.

Die grösste Pleite veranstaltete das Parlament kürzlich mit der Ablehnung des Kredits für die Projektierung und den Wettbewerb für das Schulhaus Krämeracker. Jede Fraktion wollte das Schulhaus, aber jede ein etwas anderes. Resultat: Was alle wollten, wurde abgelehnt. Nach der Abstimmung leckten sich die Parteien die Wunden und waren sich darüber einig, dass so etwas nie wieder passieren darf. Mehr Konsensfähigkeit und Kompromissbereitschaft wurde verlangt. Zur Erinnerung: Einen Kompromiss eingehen heisst nicht, dass alle anderen einfach nachgeben müssen.

Vor 21 Minuten

Seilziehen um kantonales Strassenprojekt

## Vabanquespiel um Uster West

[Übersicht](#) Vor 21 Minuten

Über diese Wiese unmittelbar neben einem Flachmoor soll die Strasse Uster West gebaut werden. (Bild: Christian Beutler / NZZ)

**Das Aus für die Fertigstellung der Oberlandautobahn im Juni 2012 vor Bundesgericht hat aufgezeigt, wie der Kanton interne Warnungen zur Umweltverträglichkeit in den Wind schlug. Das Risiko besteht erneut im Fall der geplanten Strasse Uster West.**

*Stefan Hotz*

Seit Ende letzter Woche liegen die Pläne für die Strasse Uster West in der mittlerweile dritten Version öffentlich auf. Unter anderem soll ein Viadukt über die Gleise das Dauerproblem der mehrheitlich geschlossenen Bahnschranken entschärfen. Die erst kürzlich erfolgte Änderung der Linienführung wird von der kantonalen Baudirektion mit der Annahme der Kulturlandinitiative vor einem Jahr begründet. Damit sei eine «vollständige Einzonung der Reservezone Brandschänki nicht mehr denkbar», heisst es auch im ergänzten Umweltverträglichkeitsbericht (UVB). Das ist erstaunlich: Ob der Kantonsrat und allenfalls das Volk die Umsetzungsvorlage zur Initiative annimmt, die der Regierungsrat demnächst veröffentlicht, steht nämlich nicht fest. Ausserdem sieht der Entwurf vor, dass Einzonungen möglich bleiben, wenn die Fläche anderswo kompensiert wird.

### **Schon zweimal geändert**

Der wahre Grund für die Änderung des Projekts liegt eher im Naturschutz. Um die neue Strasse ist nicht nur in Uster, sondern auch in der kantonalen Verwaltung seit langem ein Seilziehen in Gang. Der Zubringer zur Oberlandautobahn führt nahe an einem Flachmoor von nationaler Bedeutung vorbei. Mit der Anpassung wird ihr nördlicher Teil, die Verlegung der Winterthurerstrasse aus dem Siedlungsgebiet, verkürzt (siehe Karte). Die Strasse soll neu bereits durch eine Baulücke, eben über die Reservezone Brandschänki, an die bestehende Verbindung anschliessen. Dadurch bleibt ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung verschont.



Das ist nicht die erste Projektänderung. Anfänglich sollte der Bahnübergang an der Zürcherstrasse ganz aufgehoben und dafür die Werrikerstrasse als Verbindung nach Nänikon ausgebaut werden. Das kaum benutzte Strässchen trennt aber zwei Feuchtgebiete. Die erste Anpassung betraf seine Umwandlung in einen Flurweg. Zuvor hatten sich das kantonale Amt für Landschaft und Natur (ALN) und die verwaltungsunabhängige Natur- und Heimatschutzkommission (NHK) 2008 gegen den Ausbau der Werrikerstrasse gewandt. Das machte die Regierung auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat auch bekannt.

Unbekannt blieb hingegen, dass beide Gremien auch an der zweiten Version Kritik übten. In ihrer internen Stellungnahme schrieb die Fachstelle Naturschutz des ALN im Oktober 2010, das Vorhaben führe zu «erheblichen und dauernden Beeinträchtigungen der heutigen Qualität der Moorlebensräume». Auch unter Einbezug der vorgesehenen Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen zog sie eine negative Gesamtbilanz. Die NHK lehnte die Verlegung der Winterthurerstrasse «vehement» ab. Dieser Strassenabschnitt sei aus Sicht des Landschaftsschutzes inakzeptabel, stellte sie fest, und kritisierte den unsorgfältigen Umgang mit der raren Ressource Boden. Mitglieder der NHK sind unter anderem der Kantonsplaner Wilhelm Natrup und Rolf Gerber, der in seiner Funktion als ALN-Chef das Vorhaben aber als umweltverträglich beurteilte.

### Oberlandautobahn als Fanal

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (Kofu) der Baudirektion kam Ende 2010 dennoch zum Schluss, dass das Projekt den Vorschriften entspreche. Sie schrieb aber von «weiterhin resultierenden Beeinträchtigungen» des nahen Mooregebiets. Im Frühling 2011 schrieb der Regierungsrat in einer Antwort an den Kantonsrat, der Beeinträchtigung der Schutzziele für das Flachmoor stehe eine bedeutende Aufwertung durch ökologische Vernetzung dank der Aufhebung der Werrikerstrasse gegenüber.

Der Kanton nahm also eine Bilanzierung vor. Diese will er mit der jüngsten Anpassung zur Schonung des Amphibienlaichgebiets verbessern. Der Grund ist das Urteil des Bundesgerichts vor einem Jahr zur Oberlandautobahn. Daraus geht unmissverständlich hervor, dass der Schutz der Moore und Moorlandschaften absolut gilt; Veränderungen sind nur zulässig, wenn sie dem Schutzziel dienen. Dadurch entstand für die Strasse Uster West, die durch die erst noch auszuscheidende Pufferzone des Flachmoors führt, ein erhebliches Projektrisiko. Das erkannte schon vor dem Urteil aus Lausanne die Fachstelle Naturschutz. Ob Beeinträchtigungen und Aufwertungen bilanziert werden könnten, schrieb sie 2010, sei keine naturschutzfachliche Frage, sondern müsse gerichtlich geklärt werden.

Nach der jetzigen Projektauflage wird nur der zusammenfassende Bericht der Kofu öffentlich, nicht aber die einzelnen Stellungnahmen dazu. Der Vorgang erinnert an das Schicksal der Oberlandautobahn. Auch da qualifizierten kantonale Fachstellen, wie erst aus der Begründung des Bundesgerichtsurteils vom Juni 2012 hervorging, die Auswirkungen des Projekts zur Lückenschliessung auf die Natur als «erheblich». Das ALN und das kantonale Amt für Raumentwicklung hätten deshalb ausdrücklich eine Begutachtung durch die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission beantragt, heisst es darin weiter. Der Kanton verzichtete trotzdem darauf, was einer von drei Gründen war, weshalb die Richter das Projekt zurückwiesen.

### Kantonsrat gegen Kompromiss

Die Kritiker der Strasse Uster West anerkennen zwar, dass das Projekt verbessert wurde. Ob es einer gerichtlichen Beurteilung standhält, ist aber offen. Die NHK forderte 2010, auf den nördlichen Abschnitt ganz zu verzichten und die neue Strasse direkt in die Winterthurerstrasse münden zu lassen. Dagegen wehrt sich die Stadt Uster, weil sie allen Durchgangsverkehr auf die neue Strasse leiten will. Der Kanton hätte allerdings ohnehin schlecht auf den Vorschlag der NHK einschwenken können. Der Verzicht auf die Verlegung der Winterthurerstrasse war Gegenstand eines Minderheitsantrags, den das Parlament ablehnte. Dies ist

ungewöhnlich genug, ändert doch die Verwaltung ein Vorhaben stark ab, das der Kantonsrat bereits beschlossen hat.

### **Bedenken vom Tisch?**

Die Kritiker der Strasse Uster West verhehlten nie, dass sie das Projekt juristisch bekämpfen werden. Das haben sie nun mit der Lancierung einer kommunalen Volksinitiative noch unterstrichen. Diese setzt allerdings auf der falschen Ebene an, ist Uster West doch ein kantonales Strassenprojekt. Der Ustermer Stadtrat stellt denn auch fest, damit werde der Souverän in die Irre geführt. Die Exekutive ist allerdings selber etwas voreilig, wenn sie in ihrer Mitteilung schreibt, nach den Verbesserungen sollten naturschützerische Bedenken «endgültig vom Tisch» sein. Das Projekt ist nicht seit Jahren «allseits bekannt», wie der Stadtrat schreibt. Von der Kritik der Natur- und Heimatschutzkommission etwa erfuhr die Öffentlichkeit nichts.

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTE SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.



# «Uster West» interessierte nur mässig

**USTER.** Das umstrittene Strassenprojekt «Uster West» liegt öffentlich auf. Interessierte konnten sich an zwei Abenden aus erster Hand über das Projekt informieren lassen. Das Angebot wurde zwar genutzt, das Interesse hielt sich aber in Grenzen.

EDUARD GAUTSCHI

Am Dienstag- und am Donnerstagabend von 18 bis 20 Uhr standen Vertreter des Kantons, der Stadt Uster, des verantwortlichen Ingenieurbüros und Umweltspezialisten Red und Antwort zum Strassenprojekt «Uster West». Im Theorieaal der Feuerwehr Uster hingen die Pläne des Strassenprojekts, und auch das Baugesuch lag in seinem vollen Umfang zur Begutachtung auf.

Mit «Strasse Uster West» wird ein Strassenprojekt bezeichnet, das von der Winterthurerstrasse durch das Gebiet Loren zur Zürichstrasse führt. Das Bahngleis wird mit einem Viadukt überquert. Mit dem Strassenprojekt soll einerseits die Bahnschranke an der Winterthurerstrasse umfahren werden können, andererseits soll der Verkehr von der Achse Winterthurerstrasse/Bercholdstrasse ferngehalten werden, weil man sich davon eine bessere Verbindung vom Zentrum via Gerichtsstrasse zum Zeughausareal verspricht. Der Verkehr auf der Bercholdstrasse wird von den Planern und vor allem von der Stadt Uster als «trennendes Hindernis» empfunden. Wird das Projekt verwirklicht, wird die Winterthurerstrasse abklassiert und der verringerten Verkehrsmenge angepasst.

## Über das Projekt informieren

Das ganze Projekt ist umstritten. Einerseits weil die Stimmberechtigten Ja zur Unterführung der Winterthurerstrasse gesagt haben, die nun projektiert wird. Sagen sie auch Ja zum Baukredit, kann die Bahnlinie ohne Barriere gequert werden, das Viadukt würde diesbezüglich überflüssig. Andererseits kämpfen vor allem Anwohner der künftigen Strasse Uster West gegen das Projekt und wehren sich gegen das parallel zur Winterthurerstrasse geplante Teilstück. Ein weiterer Aspekt, der gegen das Projekt ins Feld geführt wird, betrifft den Moorschutz. Befürcht-

et wird, dass das Vorhaben zu einer Beeinträchtigung der Moorlebensräume führt.

Die kantonalen Stellen beschlossen deshalb im Rahmen der Planaufgabe, allfällige Interessenten über das Projekt zu informieren. Das Interesse an den beiden Informationsveranstaltungen

hielt sich in Grenzen. Trotzdem habe sich der Aufwand gelohnt, findet Othmar Martin, der seit Jahren als Leiter das Projekt «Uster West» bearbeitet und es nach seiner Pensionierung als Freelancer weiterbetreibt. «Es gab nützliche Kontakte, und wir konnten Unklarheiten ausräumen.»

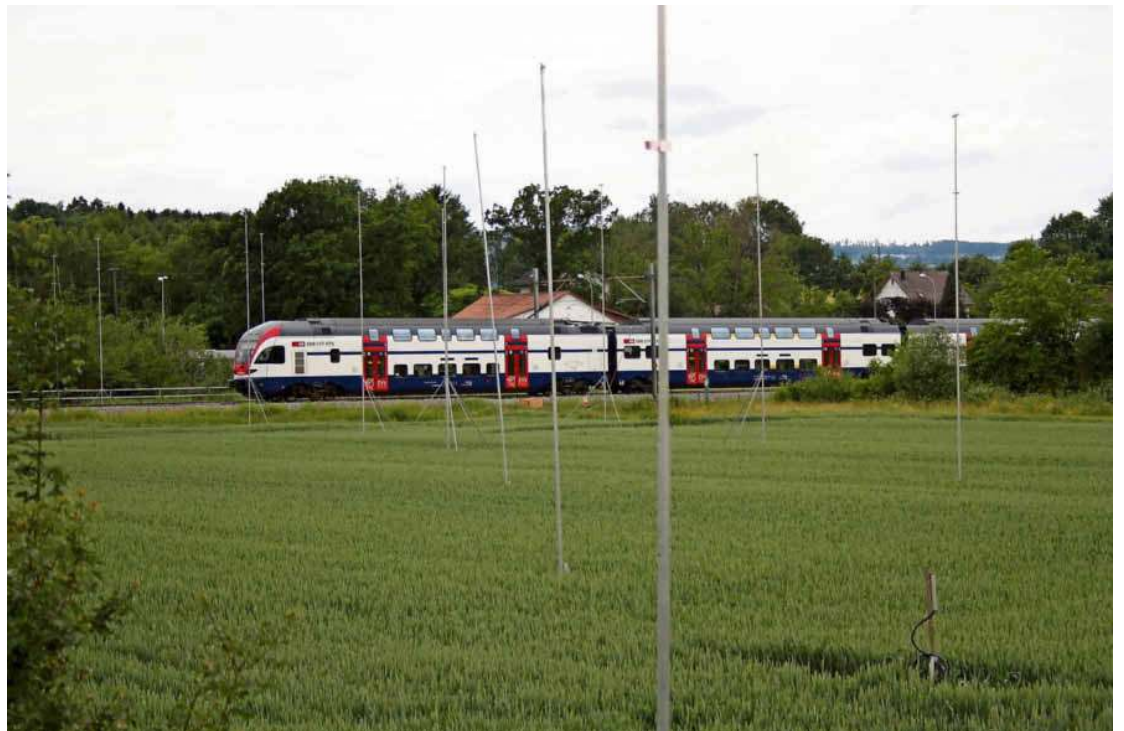
## Spezieller Wasserhaushalt

Laut Martin haben vor allem Direktbetroffene die beiden Anlässe besucht, um mit den anwesenden Fachleuten zu reden. Angesprochen wurde die

Dimension der Lärmschutzwände und der Erddämme, dies vor allem mit dem Ziel, sie auszudehnen. Aber auch die Unterführung der Winterthurerstrasse sei angesprochen worden. Doch darum gehe es bei dieser Planaufgabe ja nicht. Martin zeigte sich erfreut über die Anregungen, die er zum Thema Umgebungsgestaltung erhalten habe. Daraus könnten sich durchaus Synergien entwickeln.

Roland Haab von der Firma Naturland aus Sulzbach stand als Moorschutzhydrologe am Dienstag als Aus-

kunftsperson im Einsatz. «Zu diesem Thema wurden mir keine speziellen Fragen gestellt. Es ist ja auch sehr komplex», sagt er. Nachdem die Stadt Uster beim Bau der Erschliessungsstrassen in der Loren den Wasserhaushalt durcheinandergebracht habe, seien die Zustände auf dem Areal sehr detailliert analysiert worden. Jetzt werde der Wasserhaushalt umfangreich überwacht, sowohl vor, während und nach einer Bauphase. Das habe sich bewährt, da der Wasserhaushalt auf dem Gelände doch «sehr speziell» sei.



Die Visiere für das Viadukt der Strasse Uster West über die Bahnlinie stehen bereits und veranschaulichen den geschwungenen Verlauf des Bauwerks. Bild: Eduard Gautschi

# «Nicht nachvollziehbar»

**MAUR.** Die Schulpflege Maur hat die Zahnputzlektionen in der Schule abgeschafft. Nun sind Lehrer und Eltern gefordert. Zahnmediziner Giorgio Menghini ist erstaunt.

ANDRES EBERHARD

Ab kommendem Schuljahr wird es in Maurer Schulen kein gemeinsames Zähneputzen mehr geben. Das hat die Schulpflege entschieden. In einem Schreiben wurden die Eltern informiert, dass Lehrer neu das theoretische Wissen zur Zahnprophylaxe vermitteln werden. Das praktische Üben der richtigen Zahnputztechnik wird allein Sache der Eltern sein. Der Grund ist gemäss der Schulpflege, dass das kollektive Zähneputzen vielen Kindern unangenehm sei. Im Schreiben heisst es: «Der Umgang mit Zahnpastaschaum, Speichel und entsprechenden Geräuschen» sei «nicht jedermanns Sache.» Auslöser des geänderten Konzepts waren die Kündigungen der beiden bisherigen Schulzahnpflege-Instruktorinnen, welche die Lektionen bis anhin durchgeführt hatten.

Wie Geschäftsleiter Roberto Gardin auf Anfrage sagt, werden sich Lehrer anhand eines Lehrordners entsprechend weiterbilden. Offenbar plant die Schule zusätzlich Nachhilfestunden für

kariesgefährdete Kinder. Die Schulzahnärzte sollen diese Gruppe aufgrund ihrer regelmässigen Kontrollen melden. Ausgearbeitet wurde diese Zusatzmassnahme mit Giorgio Menghini vom Zentrum für Zahnmedizin der Uni Zürich. Menghini ist als Experte für präventive Zahnmedizin auch in beratender Funktion mit den Gemeinden in regelmässigem Kontakt.

*Maur schafft die praktischen Zahnputzlektionen in der Schule ab. Was halten Sie davon?*

**Giorgio Menghini:**

Ich sehe das ganz wissenschaftlich. Die Schule muss das ausprobieren und zeigen, dass ihre Lösung ebenbürtig ist. Das Ganze scheint mir aber etwas kompliziert und aufwendig. Ich sehe keinen Grund, ein Modell zu ändern, das funktioniert. Das jetzige Modell ist schlicht, aber sehr effizient und auch recht günstig. So dauert die Ausbildung der Instruktorinnen an der Uni Zürich nur zwei Tage. Daher bin ich eher für eine Lösung für alle als für viele Spezialvarianten.



**«Ich sehe keinen Grund, ein Modell zu ändern, das funktioniert.»**  
Giorgio Menghini

*Ist denn das über 50-jährige Modell der Schulzahnpflege-Instruktorinnen überhaupt noch zeitgemäss?*

Es ist nicht mehr 1965. Missionieren müssen die Instruktorinnen nicht mehr. Denn seit Mitte der 1990er Jahre stagniert der Kariesbefall bei Kindern auf einem sehr tiefen Niveau. Heute beginnt die Prävention schon im Vorschulalter. Letztes Jahr haben wir Krippenkindern 23'000 Zahnbürsten verteilt. Aus diesen Gründen reduzierten wir die Empfehlungen zum Einsatz der Instruktorinnen in Kindergarten und Primarschule 2010 von sechs- auf viermal pro Jahr. Ausserdem fokussiert die Arbeit der Instruktorinnen heute zusätzlich noch auf ein anderes Thema: Übergewichtsprävention. Kinder sollen Zwischenmahlzeiten kennenlernen, die sowohl für die Zähne wie auch für den Körper gut sind. Die Instruktorinnen sind zu fast 50 Prozent in diesem Bereich tätig.

*Aber warum braucht es die Instruktorinnen? Lehrer können ja die Ausbildung übernehmen.*

Das ist durchaus möglich. Schliesslich sind sie didaktisch besser ausgebildet. Trotzdem glaube ich nicht, dass man mit Lehrern noch bessere Resultate erzielen kann als jetzt schon.

*Eine Argumentation der Maurer lautet, dass es in ihrer Gemeinde weniger Eltern gibt, die das Thema vernachlässigen, als anderswo. Sollen Sie als Berater unterschiedlichen Gemeinden mit unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen nicht auch unterschiedliche Lösungen empfehlen?*

Nein. Lauter individuelle Modelle wären unverhältnismässig. Unsere Projekte sind für die durchschnittliche Schule gemacht. Es geht uns darum, einfache Inhalte flächendeckend zu vermitteln.

*Wie beurteilen Sie die Begründung der Schulpflege, dass das kollektive Zähneputzen aus Pietätsgründen nicht jedermanns Sache sei?*

Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass das ein Problem sein soll. Ich berate alle 173 Gemeinden im Kanton und bin schon seit Jahren in dieser Funktion, aber diese Argumentation habe ich zum ersten Mal gehört.

*Wie sind Sie in den Fall Maur involviert?*

Ich habe über einen Patienten davon erfahren. Dann habe ich mich über die Website der Schule informiert und den Geschäftsleiter angerufen. Wir haben eine Lösung gefunden, mit der die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Die besprochenen Massnahmen sind aber noch nicht fix. So müssen auch die Schulzahnärzte mitmachen.

## Immer mehr Krippenplätze

**USTER.** Betreuungsplätze für Vorschulkinder sind sehr gefragt, und die Nachfrage nimmt laufend zu. In Uster wird deshalb die Anzahl subventionierter Krippenplätze um 15 Plätze erweitert. So stehen ab Herbst 2013 für die Betreuung von kleinen Kindern insgesamt 175 subventionierte Krippenplätze zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es in Uster rund 85 Plätze, welche nicht durch die Stadt subventioniert sind. Die gut ausgebauten Tagesstrukturen der Primarschule Uster haben auch Auswirkungen: Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Schulkinder bei privaten Anbietern sinkt stetig. Nach den Sommerferien stünden noch 54 Hortplätze zur Verfügung, heisst es in einer Mitteilung der Stadt Uster.

## Anstieg der Tagestaxen

Der Stadtrat Uster setzte gemeinsam mit den Verantwortlichen der einzelnen Betreuungsanbieter die kostendeckenden Tagestaxen für die Jahre 2013 und 2014 fest. Aufgrund generell steigender Kosten im Bereich Kinderbetreuung mussten bei den meisten Betreuungseinrichtungen die Tagestaxen um etwa zwei bis drei Franken pro Tag erhöht werden.

Laut Armin Manser, dem Leiter der Abteilung Soziales der Stadt Uster, kostet ein Krippenplatz ab August je nach Anbieter zwischen 102 und 120 Franken pro Tag. Für einen Hortplatz müsse mit 68 bis 80 Franken pro Tag gerechnet werden. (20)

## Lebensqualität Uster West will Initiative bald einreichen

Aktualisiert am 08.07.2013

**Der Verein Lebensqualität Uster West hat Einsprache gegen das Strassenbauprojekt Uster West eingereicht. Er sieht zahlreiche Mängel im Projekt. Weiter will der Verein demnächst ein Volksbegehren einreichen.**



Visiere markieren den geplanten Verlauf der Strasse Uster West. (Archivbild: Eduard Gautschi)

### Interaktiv

**Lebensqualität Uster West im Netz**

### Artikel zum Thema

**Über Uster West informiert**

**«Volksinitiative Uster West führt Volk in die Irre»**

Der Verein Lebensqualität Uster West erachtet die dritte Version des Strassenbauprojekts Uster West als nicht rechtskonform und hat Einsprache eingereicht, wie einer Mitteilung des Vereins entnommen werden kann. Ausserdem hat ein Initiativkomitee Unterschriften gegen die Strasse gesammelt.

Die Initiative renne offene Türen ein, schreibt der Verein

**Initiative gegen «Uster West»  
Reaktionen zu «Uster West»: Von  
«untauglich» bis «positiv»  
«Uster West» wurde wegen Amphibien  
angepasst  
Lebensqualität Uster West wittert  
Komplott  
Laufender Widerstand gegen «Uster  
West»**

Lebensqualität Uster West. Das hätten die Reaktionen aus der Bevölkerung gezeigt. Viele hätten kein Verständnis dafür, dass sich der Stadtrates nicht für die Unterführung Winterthurerstrasse sondern für Uster West einsetze.

Die Volksinitiative werde demnächst eingereicht, schreibt der Verein weiter. Die dazu nötigen Unterschriften seien innerhalb von 30 Tagen gesammelt worden.

Teilen und kommentieren

### **Harsche Kritik an Unterlagen**

Die Projektunterlagen zu Uster West kritisiert der Verein Lebensqualität Uster West massiv. Sie seien mangelhaft und unvollständig, die Verkehrsdaten veraltet. Im Umweltverträglichkeitsbericht würden die heikelsten Projektabschnitte ausgeblendet. Weiter weiche das Projekt in unzulässiger Weise vom Verpflichtungskredit des Kantonsrates vom Oktober 2012 ab. Und es verstosse wegen der Vernachlässigung des Veloverkehrs gegen das Strassengesetz.

Die Einsprachefrist gegen Uster West läuft am Montag ab. (rsc)

Erstellt: 08.07.2013, 16:16 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

## Sieben Einsprachen gegen «Uster West»

Aktualisiert am 10.07.2013

**Gegen «Uster West» sind sieben Einsprachen eingegangen. Damit verzögert sich der Bau voraussichtlich bis zu zwei Jahren.**



«Uster West» verzögert sich aufgrund von sieben Einsprachen um bis zu zwei Jahren. (Archivbild: Eduard Gautschi)

### Artikel zum Thema

**Lebensqualität Uster West will Initiative bald einreichen**

**Über Uster West informiert**

**Initiative gegen «Uster West»**

### Teilen und kommentieren

Das kantonale Strassenprojekt «Uster West» dürfte sich weiter verzögern. Gemäss Zürcher Baudirektion sind sieben Einsprachen eingegangen. Eine davon stammt vom Verein «Lebensqualität Uster West».

Am 22. Oktober 2012 hatte der Zürcher Kantonsrat 21 Millionen Franken für die Umfahrungsstrasse mit einer Bahnlinienüberführung bewilligt, die das Ustermer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlasten soll. Bis am

8. Juli waren die Pläne 30 Tage lang öffentlich aufgelegt.

## **Verzögerung von zwei Jahren droht**

Die kantonale Baudirektion hatte Anfang Mai bekanntgegeben, die Linienführung der Strasse sei nochmals angepasst worden, unter anderem weil Einwendungen des Vereins «Lebensqualität Uster West» befürchtet wurden. Der Kanton hatte gehofft, einen Rechtsstreit bis vor Bundesgericht verhindern zu können.

Es drohe nun trotzdem eine Verzögerung um bis zu zwei Jahren, sagte Thomas Maag von der Baudirektion auf Anfrage. Man werde nun aber noch das Gespräch mit den Einsprechenden suchen. Sie könnten allenfalls durch weitere Projektanpassungen zum Rückzug ihrer Rekurse bewogen werden.

Falls dies nicht der Fall ist, muss zunächst der Regierungsrat über die Einsprachen entscheiden. Nächste Instanz ist dann das kantonale Verwaltungsgericht. Schliesslich kann auch das Bundesgericht angerufen werden.

Wenn die Rekurse zurückgezogen würden, könnte im Sommer 2014 mit dem Bau der Strasse begonnen werden. Die Bauzeit beträgt dann zwei Jahre. (fku/sda)

Erstellt: 10.07.2013, 15:27 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

# Einsprache gegen «Strasse Uster West»

**USTER.** Der Verein Lebensqualität Uster West hat gegen das Strassenprojekt «Uster West» Einsprache erhoben. Ob es weitere Einsprachen gab, ist unklar. Bemängelt wird einmal mehr, dass dem Moor- und dem Lärmschutz zu wenig Rechnung getragen werde.

CHRISTIAN BRÜTSCH

Mit der Strasse Uster West sollen einige Verkehrsprobleme der Stadt Uster gelöst werden. Nun scheint es, dass das Strassenprojekt an und für sich zum grossen Problem wird. Die Strasse, die bei der Brandschänki die Winterthurerstrasse verlassen soll und via Lorenplatz und eine Überführung zur Zürichstrasse geführt werden soll, ist seit mehreren Jahren in Planung. Das jüngste Projekt, das im Nordteil eine etwas verkürzte Strassenführung aufweist, lag nun während eines Monats öffentlich auf.

## Neue Linienführung ...

Die neue Linienführung soll helfen, dass ein Amphibienlaichgebiet nördlich der Brandschänki nicht tangiert wird. Die neuen Pläne wurden erst durch die Annahme der Kulturlandinitiative möglich. Zuvor war vorgesehen, das Gebiet Brandschänki mit einem Gestaltungsplan zu belegen und zu überbauen. Das ist nun nicht mehr möglich, und so entstand dort ein freier Raum für den Einbau der Strasse.

Noch Anfang Mai zeigten sich die Verantwortlichen von Stadt und Kanton zuversichtlich, dass damit die Na-

turschützer vor dem Gang vor Gericht abgehalten werden könnten. Der Baubeginn wurde optimistisch auf den Herbst 2014 geplant.

## ... ist auch nicht genehm

Ob dieser Baustart zum Tragen kommt ist nun mehr als fraglich. Zumindest eine Einsprache ist gegen das Projekt «Strasse Uster West» eingereicht worden. Der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) teilte den Medien mit, dass er auch die dritte Version des Projekts als «nicht rechtskonform» erachte. Der Verein hat deshalb Einsprache erhoben.

Der VLUW stösst sich daran, dass die problematischsten Aspekte der Strasse – seiner Ansicht nach der Moor- und der Lärmschutz – mit der Feststellung, sie seien im Gestaltungsplan Loren geregelt, quasi ignoriert werden. Das Projekt verstosse gegen den Gestaltungsplan, indem die Strasse «in die verbindlich festgelegte Pufferzone» zu liegen käme, eine Schutzverordnung für das Brandschänkiried fehle und der Moorschutz offenbar durch diese Strasse definiert werden solle.

Bereits ins Kapitel «Kurioses» ordnet der Verein die angeführten Verkehrsdaten ein. Diese stammen aus

dem Jahr 2008 und wurden bis 2015 hochgerechnet – auf einen Zeitpunkt, an dem die Strasse noch nicht in Betrieb sein wird. Der VLUW vergleicht sie mit dem Projekt aus dem Jahr 2008, das bereits mit modellierten Zahlen für das Jahr 2025 operiert habe.

«Nicht wenige Einsprechende fordern schliesslich Entschädigungen in Millionenhöhe für die formelle Enteignung – in erster Linie durch die zu erwartenden Lärmimmissionen», steht in der Medienmitteilung. Eine Aussage, die darauf schliessen lässt, dass neben dem VLUW weitere Einsprachen beim Kanton gemacht wurden.

Der zuständige Projektleiter des Kantons konnte gestern für eine Stellungnahme nicht erreicht werden.

## «Uster West» an Urne bringen

Der VLUW wurde aber auch an einer zweiten Front aktiv. Neben der Erarbeitung der Einsprache sammelte der Verein Unterschriften für die Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse Uster West). Sollte die Volksinitiative angenommen werden, würden die zuständigen politischen Organe der Stadt Uster verpflichtet, «sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln gegen die Realisierung des kantonalen Strassenprojekts «Uster West» zu wehren».

Das Initiativkomitee setzt sich aus Exponenten des VLUW, der Gesellschaft Natur- und Vogelschutz sowie

ANZEIGE

## Glänzend gemacht

In unserem hochmodernen Spritzwerk verwenden wir nur umweltschonende Wasserlacke.



Ihrem Auto zuliebe!

**WALDE**  
CARROSSERIE

Ackerstrasse 43, 8610 Uster  
044 905 69 69, [www.walde-ag.ch](http://www.walde-ag.ch)

des Initiativkomitees Unterführung Winterthurerstrasse zusammen. Am kommenden Freitag soll die Initiative dem Stadtrat überreicht werden. Gemäss den Angaben des federführenden Vereins seien die Unterschriften innerhalb von 30 Tagen gesammelt worden.

Sie hätten mit ihrem Anliegen bei der Bevölkerung offene Türen eingearbeitet, schreiben die Initianten. Mit der Initiative soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Ustermer Bevölkerung direkt zum Projekt «Uster West» Stellung beziehen kann.

Gestern, 15:40

Verzögerung von Bauprojekt

## Einsprachen gegen Strassenprojekt «Uster West»

Übersicht Gestern, 15:40

Das Strassenbauprojekt «Uster West» könnte weiter verzögert werden. (Bild: Christian Beutler / NZZ)

### Das kantonale Strassenprojekt «Uster West» dürfte sich weiter verzögern. Gemäss Zürcher Baudirektion sind sieben Einsprachen eingegangen.

(sda) Eine der Einsprachen stammt vom Verein «Lebensqualität Uster West» (VLUW), wie der «Zürcher Oberländer» / «Anzeiger von Uster» in seiner Ausgabe vom Mittwoch schreibt.

Am 22. Oktober 2012 hatte der Zürcher Kantonsrat 21 Millionen Franken für die Umfahrungsstrasse mit einer Bahnlinien-Überführung bewilligt, die das Ustermer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlasten soll. Bis am 8. Juli waren die Pläne 30 Tage lang öffentlich aufgelegt.

Die kantonale Baudirektion hatte Anfang Mai bekanntgegeben, die Linienführung der Strasse sei nochmals angepasst worden, unter anderem weil Einwendungen des VLUW befürchtet wurden. Der Kanton hatte gehofft, einen Rechtsstreit bis vor Bundesgericht verhindern zu können.

Es drohe nun trotzdem eine Verzögerung um bis zu zwei Jahre, sagte Thomas Maag von der Baudirektion auf Anfrage. Man werde nun aber noch das Gespräch mit den Einsprechenden suchen. Sie könnten allenfalls durch weitere Projektanpassungen zum Rückzug ihrer Rekurse bewogen werden.

Falls dies nicht der Fall ist, muss zunächst der Regierungsrat über die Einsprachen entscheiden. Nächste Instanz ist dann das kantonale Verwaltungsgericht. Schliesslich kann auch das Bundesgericht angerufen werden.

Wenn die Rekurse zurückgezogen würden, könnte im Sommer 2014 mit dem Bau der Strasse begonnen werden. Die Bauzeit beträgt dann zwei Jahre.

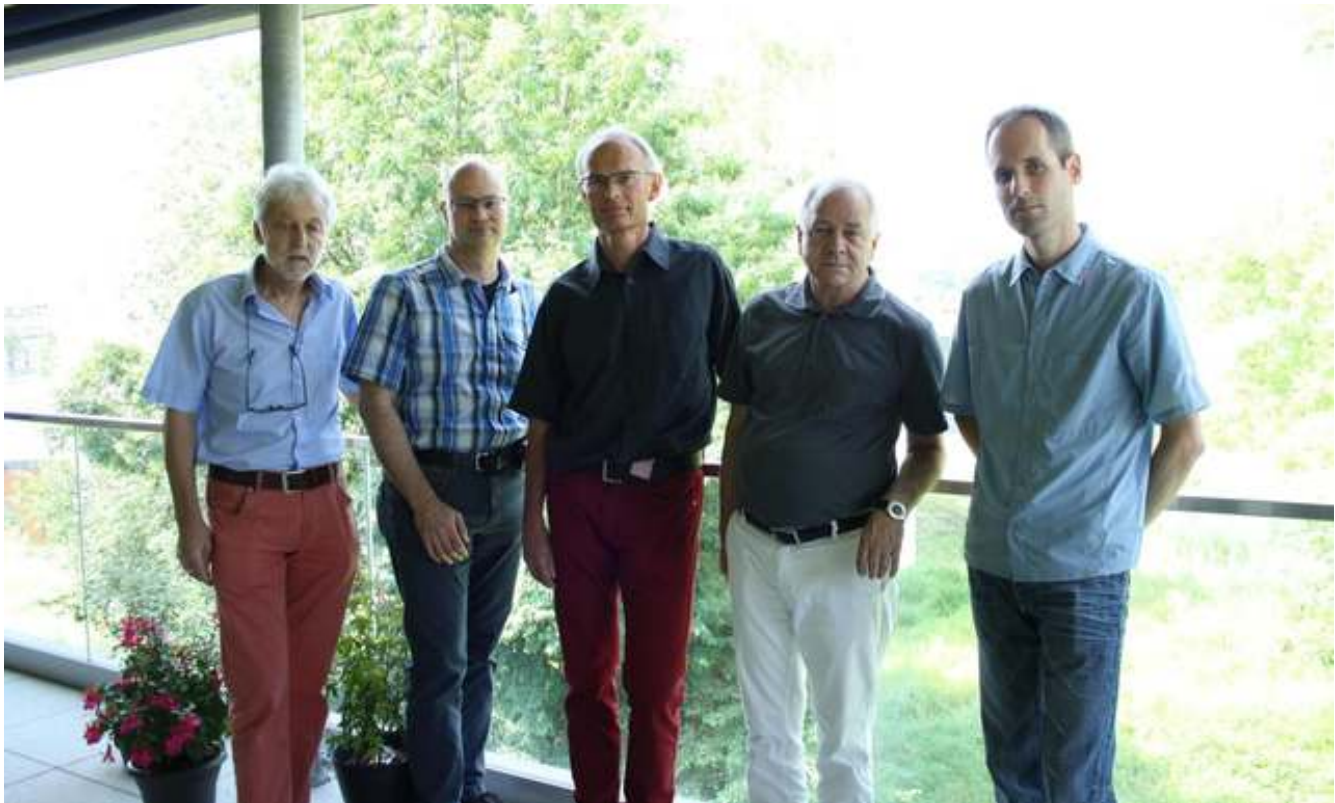
#### Mehr zum Thema «Einsprachen gegen Strassenprojekt «Uster West»»

Anpassungen wegen Kulturlandinitiative

## Vorstoss gegen Uster West auf Kantonsebene

Von Dominique von Rohr. Aktualisiert am 12.07.2013

**Nachdem der Verein Lebensqualität Uster West bei der Stadt Uster eine Volksinitiative gegen das Strassenprojekt «Uster West» eingereicht hat, lanciert der Verein in einem nächsten Schritt eine Einzelinitiative auf Kantonsebene.**



Stellen sich vehement gegen das Strassenprojekt Uster West: (v.l.) Peter Kundert, André Minet, Martin Zürrer, Paul Stopper und Dominic Brem. (Bild: Dominique von Rohr)

### Artikel zum Thema

**Lebensqualität Uster West will Initiative bald einreichen**

**Lebensqualität Uster West wittert Komplott**

**Laufender Widerstand gegen «Uster West»**

### Teilen und kommentieren

Dass die Strasse Uster West direkt hinter der Siedlung Alloro an der Winterthurerstrasse gebaut werden soll, stösst anscheinend nicht nur den Anwohnern sauer auf. Der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) hat Einsprache gegen das Strassenprojekt erhoben und für eine Volksinitiative 1002 Unterschriften in ganz Uster gesammelt (wir berichteten). Diese reichte der Verein am Mittwoch bei der Stadt Uster ein.



Einsprachen zum Bauprojekt, das nun einen Monat öffentlich auflag, gab es insgesamt sieben. Neben dem VLUW stören sich auch die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz (GNVU), Bird Life Zürich, Pro Natura und der WWF an dem Vorhaben (wir berichteten).

«Es fehlt die rechtliche Grundlage für das Projekt. Weder auf den Moorschutz noch auf den Lärmschutz wird eingegangen», sagt Martin Zürrer, einer der Initianten, und auch VLUW-Präsident Dominic Brem sagt: «Dieses Projekt kann nicht von übergeordnetem Interesse sein.»

Sollte die Volksinitiative angenommen werden, wäre die Stadt Uster verpflichtet, sich politisch und rechtlich gegen das Bauvorhaben zu stellen. Weil es sich dabei aber um ein Projekt des Kantons handelt und dieser den Baukredit im letzten Herbst bewilligt hat, will der VLUW in den nächsten Tagen eine Einzelinitiative auf kantonaler Ebene einreichen. «Das Ziel ist, dass der Kantonsrat die Situation noch einmal überdenkt und den Beschluss vom letzten Oktober aufhebt», sagt Brem. (ZO/AvU)

Erstellt: 12.07.2013, 20:00 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

# Protest gegen Uster-West

Kritiker der Umfahrung von Uster gehen mit Initiativen gegen den Bau vor.

## Von Ev Manz

Uster - Heute blicken Dominic Brem und Peter Kundert von ihren Terrassenwohnungen im Ustermer Gebiet Loren direkt auf ein bedeutendes Flachmoor. Geht es nach dem Kanton, werden sie dereinst nur noch Autos sehen: Die geplante Umfahrungsstrasse Uster-West, für deren Bau der Kantonsrat im vergangenen Herbst 21 Millionen Franken bewilligt hat, wird auch auf den angepassten Plänen an ihrer Grundstücksgrenze verlaufen und das Naturschutzgebiet tangieren. Zudem reicht den Anwohnern der vorgesehene Lärmschutz nicht.

Deshalb haben Brem und Kundert zusammen mit dem Verein Lebensqualität Uster West bei der Stadt eine Einsprache sowie - mit anderen Gegnern des Projekts - eine Volksinitiative eingereicht. Gleichzeitig werden sie in diesen Tagen beim Kantonsrat eine Einzelinitiative deponieren. Darin fordern sie, den Kantonsratsbeschluss aufzuheben. Bewusst hätten sie auf beiden Ebenen agiert, sagt Brem. «So wissen wir, dass ein Grossteil

der Ustermer gegen das Projekt ist.» Daneben haben diverse Naturschutzorganisationen Einsprache gegen Uster-West eingereicht.

Für die Kritiker ging der Kantonsrat bei seiner Abstimmung von falschen Tatsachen aus. Grundlage der Ausbaupläne in Uster-West war der Gestaltungsplan

## Projekt Uster-West



— Vorschlag Kanton, Mai 2013

— Alternativen

TA-Grafik mt

im Gebiet Loren. Die geplante Strasse vor Brems Haus hätte einst das Baugebiet Brandschänke erschliessen sollen. Dieses darf aber nach Annahme der Kulturlandinitiative nicht mehr eingezont werden. «Deshalb erstaunt es, dass selbst der Kanton noch an der geplanten Strasse festhält», sagt Brem. Die Gegner schliessen eine verkürzte Variante Uster-West nicht aus. Bei dieser wird der Verkehr wie im Richtplan vorgesehen über die bestehende Verbindung Uster-West in die Winterthurerstrasse geleitet.

## 60 Kantonsräte sind nötig

Sie könnten sich auch eine Verkehrsführung wie bisher über die Winterthurerstrasse vorstellen - mit einer Bahnunterführung. Jene Variante schloss bei der aktuellen Zweckmässigkeitsprüfung des Kantons ebenbürtig ab - und preislich um ein Drittel günstiger. Das Volk sagte schon im November Ja zur Unterführung. Doch der Kanton will trotz dieser Vorteile den Verkehr um das Ustermer Zentrum herumführen.

Ob das Komitee 60 Kantonsräte für eine vorläufige Umsetzung seine Initiative gewinnen kann, ist offen. Bei der letzten Abstimmung traten selbst die Ustermer Politiker nicht geschlossen auf.

Anzeiger von Uster

# Aufhebung des Kredits Strasse Uster West gefordert

Von Christian Brüttsch. Aktualisiert am 26.08.2013

**Peter Kundert möchte, dass der Kantonsrat nochmals auf den Kredit für die Strasse Uster West zurückkommt. Er begründet die Einzelinitiative mit der veränderten Ausgangslage.**



Die Strasse Uster West soll durch das Lorengbiet führen. (Archivbild: ZO/AvU)

## Artikel zum Thema

**Vorstoss gegen Uster West auf Kantonsebene**

**Sieben Einsprachen gegen «Uster West»  
Lebensqualität Uster West will Initiative bald einreichen**

**«Volksinitiative Uster West führt Volk in die Irre»**

## Teilen und kommentieren

«Einzelinitiative betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses vom 22. Oktober 2012 über die Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 21 Millionen Franken für den Bau der Strasse Uster West» lautet der Titel der Einzelinitiative, die beim Kantonsrat eingereicht wurde. Unterzeichnet hat diese Peter Kundert aus Uster. Er fordert den Kantonsrat auf, sich den Kredit nochmals vorzunehmen, da sich die Ausgangslage nach dem kantonsrätlichen Beschluss grundlegende geändert habe.

Tatsächlich konkurrenzten sich in Uster zwei

Strassenbauprojekte. Zum einen ist das die erwähnte Strasse Uster West, zum anderen die Unterführung Winterthurerstrasse. Ersteres wird vom Regierungsrat und dem Stadtrat von Uster favorisiert. Zweiteres wird vom Volk explizit gewünscht, da es sich gut einen Monat nach dem kantonsrätlichen Beschluss mit gut 60 Prozent Ja-Stimmen-Anteil für die Projektierung der Unterführung Winterthurerstrasse aussprach.

### **Ungemach auf allen Ebenen**

Weiter führt Kundert an, dass das im vergangenen Juni vorgelegte Projekt in wesentlichen Punkte von demjenigen abweiche als das, welches im Oktober 2012 als Grundlage zur Kantonsratsdebatte vorgelegt wurde. Tatsächlich wurde die Abzweigung von der Winterthurerstrasse auf die geplante Strasse Uster West nach Süden verlegt, um dem Naturschutz im nördlichen Teil der Brandschänki verbessert Rechnung tragen zu können.

Aber auch dort hat Kundert Ungemach für den Kanton ausgemacht. Gemäss einem Artikel der in der NZZ veröffentlicht wurde, sei «die Strasse Uster West» schon innerhalb der Baudirektion höchst umstritten», da die Umweltverträglichkeit von den Fachstellen als «fraglich» beurteilt worden sei.

In der Zwischenzeit sind gegen das Projekt Uster West Einsprachen unter anderem vom Verein Lebensqualität Uster West hängig. Ebenfalls wurde eine Volksinitiative eingereicht, welche den Stadtrat verpflichten will, sich inskünftig gegen die Strasse Uster West einzusetzen. Zudem rechnet Kundert mit Schadenersatzforderungen von fünf Millionen Franken, die noch nicht im Verpflichtungskredit eingerechnet sind. Aus all diesen Überlegungen heraus folgert er, dass der Kredit aufzuheben sei. Ob der Kantonsrat dem folgt, wird sich weisen. ()

Erstellt: 26.08.2013, 19:40 Uhr

Noch keine Kommentare

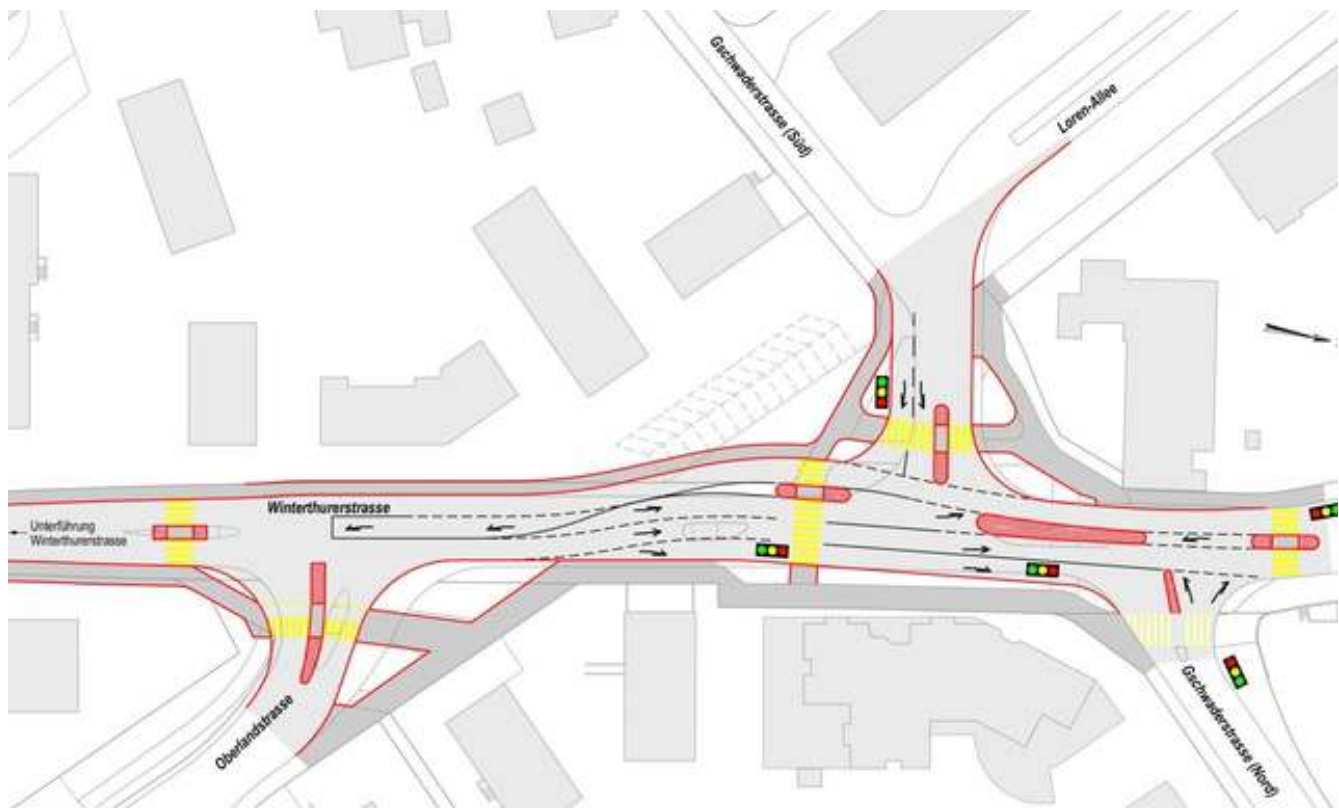
---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

# Vorprojekt Unterführung Winterthurerstrasse steht

Aktualisiert am 03.09.2013 **3 Kommentare**

**Der Ustermer Stadtrat hat das Vorprojekt für den Bau der Unterführung Winterthurerstrasse genehmigt. Es sieht unter anderem vor, dass die Winterthurerstrasse auf vier Spuren verbreitert wird.**



Das Vorprojekt Unterführung Winterthurerstrasse Kreuzung im nördlichen Abschnitt (Gschwaderstrasse). (Grafik: Stadt Uster) -> **für grössere Darstellung hier klicken.**



Das Vorprojekt Unterführung

Das Vorprojekt zur Unterführung Winterthurerstrasse steht. Der Ustermer Stadtrat hat es am 27. August 2013 genehmigt und will es noch diese Woche dem Kanton zur Stellungnahme einreichen, wie die Stadt Uster am Dienstag mitteilt. Sie erarbeitete das Vorprojekt aufgrund der Vorgaben des Kantons und der Initiative, die an der Urnenabstimmung vom 25. November 2012 angenommen

Winterthurerstrasse Kreuzung im südlichen Abschnitt (Brandstrasse). (Grafik: Stadt Uster) -> **für grössere Darstellung hier klicken.**

### Initiativkomitee irritiert Stadtrat

In ihrer Mitteilung zeigt sich die Stadt Uster irritiert über das Initiativkomitee Pro Unterführung Winterthurerstrasse. Dieses verhalte sich widersprüchlich. So fordere der Initiativtext, die Unterführung Winterthurerstrasse unabhängig vom Projekt Strasse Uster West zu planen. In einem offenen Brief an den Stadtrat schreibe das Komitee nun aber, die Planung sei auf die Länge der Unterführung zu beschränken und nur zu erweitern, wenn Uster West nicht realisiert werden könne.

«Der Stadtrat erachtet an der Haltung des Initiativkomitees gegenüber dem erarbeiteten Vorprojekt vor allem die Tatsache als stossend, dass einzelne Komiteemitglieder die Realisierung der neuen Strasse Uster West aktiv bekämpfen, handkehrum aber dieses Strassenprojekt als Argument anführen, um notwendige verkehrliche und bauliche Massnahmen im Zusammenhang mit dem Unterführungsbauwerk an der Winterthurerstrasse abzulehnen», heisst es in der Mitteilung.

Die Initianten wollten sich nach Einschätzung des Stadtrats nicht mehr auf dem von ihnen selbst gewählten und klaren Wortlaut der Initiative behaften lassen, schreibt die Stadt weiter. Das nun präsentierte Vorprojekt sehe indessen eine Unterführung gemäss Volksauftrag vor, die den Verkehr auch ohne die projektierte Strasse Uster West abwickeln könne.

### Artikel zum Thema

#### An Uster West festhalten

#### Regierungsrat soll Verkehrsachsen überdenken

#### Stadtrat beantragt erneut Kredit für Unterführung Winterthurerstrasse

#### Unterführung ja – aber wie und wann?

worden war (wir berichteten).

### Winterthurerstrasse wird breiter

Das vorliegende Vorprojekt sieht neben der Unterführung beim SBB-Barrierenübergang Winterthurerstrasse Anpassungen sowohl im Strassenabschnitt nördlich als auch im Strassenabschnitt südlich der Unterführung vor (vgl. Grafiken). Die Winterthurerstrasse wird im nördlichen Abschnitt nach der Unterführung auf vier Fahrspuren verbreitert. Der Verkehr wird auf Höhe Oberland-/Gschwader-strasse mit Lichtsignalanlagen geregelt.

Im südlichen Abschnitt – zwischen dem Unterführungsbauwerk und dem Bambus-Kreisel beim Zeughausareal – erfährt die Winterthurerstrasse ebenfalls eine Verbreiterung. Sie ist im Vergleich zum nördlichen Abschnitt aber «marginal», wie es in der Mitteilung heisst.

Die Kreuzung Brand-/Winterthurer-/Bankstrasse wird so umgestaltet, dass Linksabbiegen künftig aus allen Richtungen verboten ist. Auch bei dieser Kreuzung kommen Lichtsignalanlagen zum Einsatz. Diese Massnahmen sollen sowohl dem privaten Individualverkehr als auch dem Busverkehr auf der und über die Winterthurerstrasse den bestmöglichen Verkehrsfluss auch zu den Hauptverkehrszeiten gewährleisten.

Das Vorprojekt wird noch diese Woche dem Kanton zur Stellungnahme eingereicht. Sollte sich dieser mit den Planungen einverstanden erklären, kann das detaillierte Bauprojekt voraussichtlich bis Frühling 2014 erarbeitet werden.

*Lesen Sie mehr dazu im ZO/AvU vom Mittwoch, 4. September 2013. (rsc)*

Erstellt: 03.09.2013, 16:49 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)

# Anzeiger von Uster

**ZRZ**  
Zürcher Regionalzeitungen

Redaktion 044 933 33 33, [redaktion@avu.ch](mailto:redaktion@avu.ch)  
Abo-Service 044 905 79 88, [abo@avu.ch](mailto:abo@avu.ch)  
Inserate 044 905 79 79, [inserate@avu.ch](mailto:inserate@avu.ch)  
AZ 8610 Uster



Die Tageszeitung des Bezirks Uster

## Verletzte nach Unfall

In Dübendorf stürzte ein Auto in ein Bachbett – 16-Jährige wurde verletzt

SEITE 3

## Gegen neue Strasse

Die Volksinitiative über die Strasse Uster West ist zustande gekommen

SEITE 5

## Nach dem Motocross

Der Gutenswiler Hans Temperli betrachtet den Schaden auf seiner Wiese

SEITE 4

## Viele Abgänge

Die Frauen des TV Uster stehen vor einer schwierigen Saison

SEITE 45

ANZEIGE

**FUNDGRUBE  
MÖNCHALTORF  
5. BIS 14. SEPT**

**50-75%**



Perfekt für Reisen, Freizeit und Trekking  
Di-Fr: 9-12, 13.30-18.30 Uhr, Sa: 9-16 Uhr  
Restposten und Einzelteile nur gegen Bar

## Ampeln statt Barriere

**USTER.** Um den Verkehrsfluss durch die Unterführung Winterthurerstrasse gewährleisten zu können, müssen an zwei Kreuzungen Lichtsignalanlagen erstellt werden.

CHRISTIAN BRÜTSCH

Das Projekt Unterführung Winterthurerstrasse, das dem Kanton vom Ustermer Stadtrat zur Stellungnahme eingereicht wird, wird teuer – sehr teuer. «Wir gehen in der Kostenschätzung von 25 bis 26 Millionen Franken

ohne Lärmschutz und mit einer Genauigkeit von plus/minus 20 Prozent aus», sagte Stadt-ingenieur Andreas Frei gestern an der Pressekonferenz. Die Lärmschutzmassnahmen sollen gemäss Schätzung des Awel weitere 1,2 Millionen Franken verschlingen.

«Aber die geschätzten Kosten sind zweitrangig», erklärte Stadtrat Thomas Kübler. Viel eher sei es darum gegangen, eine gemäss Initiative Unterführung Winterthurerstrasse geforderte Lösung zu generieren, die unabhängig davon, ob Uster West kommt oder nicht, funktioniere.

**Kein Linksabbiegen mehr**  
Drei Knotenpunkte sind auf dem gut einen Kilometer langen Teilstück der Winterthurer-

strasse zu beachten: die Kreuzungen Oberland-/Gschwaderstrasse und Brand-/Bankstrasse sowie die Unterführung an und für sich. Bei den Kreuzungen soll mit Lichtsignalanlagen, zusätzlichen Fahrspuren oder Abbiegeverbots für Sicherheit gesorgt und der öffentliche Verkehr bevorzugt werden. Es wären dann die ersten Rotlichter, die den Verkehr in der für seine Kreiseldiversität bekannten Stadt Uster bremsen würden. **Seite 5**

ANZEIGE

**1%, 3 Jahre**

Profitieren Sie jetzt von unserer Kassenobligation! Das Angebot gilt bis 30.09.2013 und nur für Neugeld. 044 777 0 777, [www.bankbsu.ch](http://www.bankbsu.ch)

**bankbsu**  
eine wie ich  
435601

# Lösung mit Knoten und Rotlicht

**USTER.** Die Vorprojektierung für die Unterführung an der Winterthurerstrasse wurde abgeschlossen. Wie diese Unterführung je gebaut werden soll, steht in den Sternen.

CHRISTIAN BRÜTSCH

«Die Ustermer Stimmberechtigten setzten bei der Urnenabstimmung vom 25. November 2012 ein deutliches Zeichen: Sie verlangten, dass die Unterführung Winterthurerstrasse zusammen mit dem Kanton und den SBB unabhängig von der Strasse Uster West zu planen sei», schreibt der Stadtrat einleitend zu seiner Medienmitteilung. An diese Vorgabe hat sich die Stadt nun gehalten. Das heisst, es würde die Variante gerechnet, die nötig sein wird, wenn die Strasse Uster West nicht gebaut werden kann. Die Initiative, die das verhindern will, wurde erfolgreich eingereicht (siehe Artikel rechts).

Wurde ursprünglich von einem Perimeter von der Haberweidstrasse bis zum Nashornkreisel gesprochen, wurde dieser nun deutlich eingeschränkt. «Der grosse Perimeter kommt nur noch für die Lärmschutzmassnahmen zum Tragen», erklärt Stadtgenieur Andreas Frei. Im Vorprojekt eingeschlossen wurden die in die Winterthurerstrasse mündenden Kreuzungen Brand-/Bankstrasse im Süden und Gschwader-/Oberlandstrasse im Norden der heutigen Bahnüberquerung.

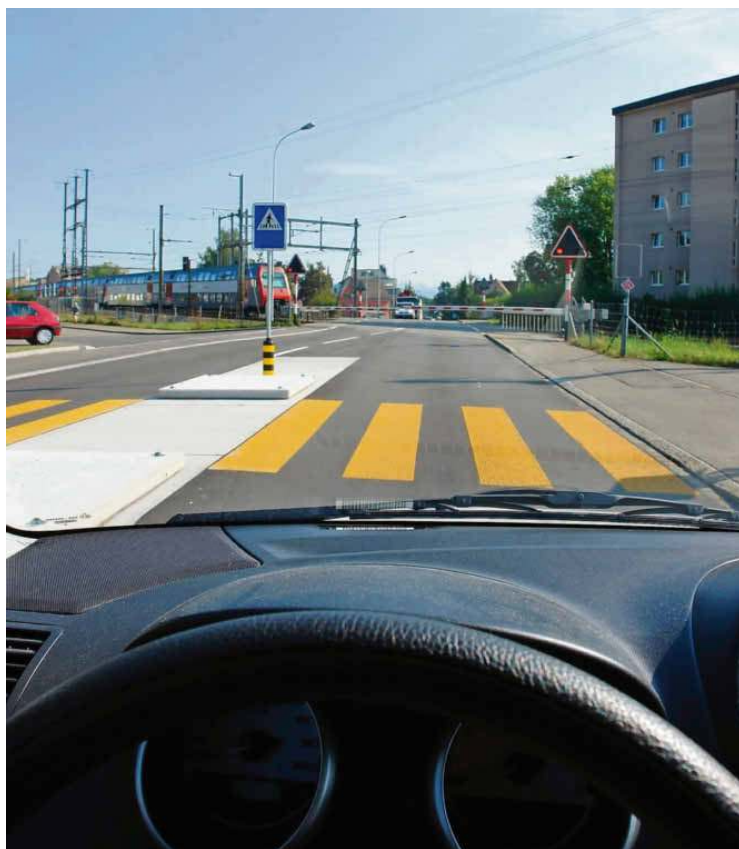
## Rotlichter ersetzen Barriere

Diese flankierenden Massnahmen seien nötig, um den Verkehr sicher durch Uster leiten zu können. An der Brand-/Bankstrasse sollen ein generelles Linksabbiegeverbot und eine Lichtsignalanlage eingeführt werden. Damit müssen die Fahrspuren nur marginal angepasst werden. Auf den Vorschlag, die Bankstrasse für den motorisierten Individualverkehr zu sperren, wie es vom Initiativkomitee gewünscht wurde, ist der Stadtrat nicht eingetreten.

Beim Knoten Gschwader-/Oberlandstrasse präsentiert sich die Lage etwas anders, da dort mit dem angedachten Gschwaderplatz etwas mehr Raum zur Verfügung steht. Die Strasse wird auf vier Spuren verbreitert, um Einlenkspur für alle möglichen Abbiegevorgänge von der Winterthurerstrasse zur Verfügung zu haben. Gleichzeitig muss der Verkehr auch hier mit einer Lichtsignalanlage geregelt werden.

Das heisst, wer die Autobahn bei Uster West verlässt und zum Nashornkreisel will, hat nun keine Barriere, dafür zwei Rotlichter zu überqueren. «Wir gehen davon aus, dass die Rotphasen kürzer sein werden als die Wartezeit an der Barriere», meint Thomas Kübler. Davon ist eigentlich auszugehen, sind doch die Barrieren während mehr als 40 Minuten pro Stunde geschlossen.

Die Unterführung selber hat links und rechts einen abgehobenen Rad-



Das lange Warten an der Barriere Winterthurerstrasse soll durch kürzeres Warten an zwei Rotlichtern ersetzt werden. Archivbild

und Gehweg und zwei Fahrspuren. Weiterer Knackpunkt ist die Erschliessung des Migros-Einkaufszentrums. Dieses müsste neu via Zieletenstrasse angefahren werden. Die Verkehrssituation zwischen Werkgebäude und Migros müsste noch genau geklärt werden, meint Frei. Immerhin wird für die Fussgänger und Velofahrer ein Zugang von der Winterthurerstrasse her eingeplant.

Die Kostenschätzung für das Unterführungsprojekt belaufen sich auf 25 bis 26 Millionen Franken. Dazu kommen Lärmschutzmassnahmen, die vom

Kanton auf 1,2 Millionen Franken geschätzt wurden.

## Viele Unklarheiten

Der nächste Schritt ist klar. Der Stadtrat reicht das Projekt zur Stellungnahme an die Volkswirtschaftsdirektion ein. Diese kann noch Anpassungen am Projekt anbringen, da es sich bei der Winterthurerstrasse nach wie vor um eine Kantonsstrasse handelt. Andreas Frei hofft, dass das Bauprojekt bis zum Frühjahr 2014 steht.

Wie es danach weitergehen soll, ist nach wie vor unklar. Vieles hängt davon ab, ob die Strasse Uster West wie vom Kanton und dem Stadtrat gewünscht, gebaut werden kann oder nicht. Mit diesem Entscheid steht und fällt auch, ob die nun vorgelegte Projektierung je der Realisierung zugeführt werden kann. «Ich weiss nichts», lautete die einfache Antwort Küblers auf die

Frage, ob dem Volk der Baukredit überhaupt vorgelegt werden kann, soll oder muss.

Ein Szenario sieht vor, dass Uster West nicht gebaut wird. Dann käme mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit das erarbeitete Vorprojekt zum Tragen. Unklar wäre dann die Finanzierung. Eventuell würde dann der Kanton die Unterführung zahlen.

Ein anderes Szenario sieht vor, dass Uster West gebaut wird. Dann ist das vorgelegte Projekt massiv überdimensioniert. Eine Abklassierung der Winterthurerstrasse zur Gemeindestrasse ist wahrscheinlich. Dann würden die heutigen Verkehrsknoten den Anforderungen genügen, und die Durchlasshöhe der Unterführung könnte niedriger geplant werden. Und das wäre dann die Unterführung, die vom Initiativkomitee ursprünglich gefordert worden war.

## Initiative «Uster West» ist gültig

**USTER.** Am Mittwoch, 10. Juli, reichte das Initiativkomitee gegen das Strassenprojekt «Uster West» eine Volksinitiative mit 1002 Unterschriften bei der Stadt Uster ein. Das Komitee fordert, dass bei einer Annahme der Initiative der Ustermer Stadtrat verpflichtet wird, sich mit allen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln gegen das Bauvorhaben des Kantons zur Wehr zu setzen.

Den amtlichen Mitteilungen der Stadt Uster ist heute zu entnehmen, dass der Stadtrat beschlossen hat, dass die Volksinitiative «Zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse «Uster West»)» zustande gekommen ist. Gegen diesen Beschluss kann innert fünf Tagen beim Bezirksrat Stimmentrechtsrekurs eingereicht werden.

Das Strassenprojekt «Uster West» ist seit längerer Zeit umstritten und wurde auch schon mehrmals abgeändert. Ursprünglich zur Aufhebung des Bahnübergangs in Werrikon geplant, soll die Strasse nun vor allem dem Zweck der Verkehrslastentlastung des Ustermer Zentrums dienen. Auch im Kantonsrat ist ein Vorstoss zur Verhinderung der Strasse eingereicht worden. (gau)

## Durchgezogene Bilanz der Vereinswoche

**DÜBENDORF.** Die erste Durchführung der Vereinswoche Dübi Vereint sei «nicht ganz einwandfrei» gewesen, schreibt der Stadtrat in einer Mitteilung. So hätten sich die Vereine, die in der ersten Juliwoche ihr Angebot präsentiert hätten, mehr Zuspruch und Besucher gewünscht. Der Stadtrat attestiert dem Vereinanlass dennoch viel Potenzial und zeigt sich überzeugt davon, dass sich Dübi Vereint im kommenden Jahr etablieren wird. Für mehr Zuspruch und eine aktive Teilnahme der Bevölkerung werde die Stadt das Konzept überarbeiten sowie den Zeitraum überdenken. Weiter sei eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen geplant. (zo)

## IN KÜRZE

### Seifenkistenderby in Egg

**EGG.** Am Samstag, 7. September, findet in Egg bei schönem Wetter das Seifenkistenderby statt. Das Rennen dauert von 13 bis etwa 19 Uhr. Am Morgen findet ein Training statt. Die Pfannenstielstrasse wird an diesem Tag gesperrt. Es sind Verkehrskadetten im Einsatz. (zo)

### Fans von US-Cars treffen sich

**VOLKETS/WL.** Am Sonntag, 8. September, findet auf dem Volki-Land-Parkplatz die elfte Ausgabe des US-Cars- und Motorcycles-Meetings statt. Die Veranstalter erwarten wiederum gegen 3000 Fahrzeuge und bis zu 10000 Besucher. Neben einem breiten kulinarischen Angebot gibt es auch zirka 25 Händlerstände. (zo)

ANZEIGE

## Der Herbst: Ihr zweiter Frühling

**Sams- tag, 14. September 2013: Tag der offenen Baumschule von 10 bis 18 Uhr**

Auf 15 Hektar Land die grösste Auswahl an Gartenpflanzen in der Region. Ein Fest für die ganze Familie!

20% Rabatt auf das ganze Sortiment

Wurst vom Grill – im Golfwagen durch die Baumschule fahren – Bühne mit Boogie Blues – Getränke – Bier vom Fass – Rundgang durch Baumschule und Kompostierplatz – und vieles mehr ...

Boogie Blues mit: Chris Konz, Piano – Marcel Brunner, Piano – Mario Von Holten, Drums – Arno Schulz, Contrabass

**Kunz Baumschulen**  
Alles für Ihren Garten. Natürlich Kunz.

**Kunz Baumschulen AG**  
Gschwaderstrasse 75  
8610 Uster-Winikon  
Tel. 044 941 17 37  
kunzbaumschulen.ch



# Staatsstrassen in der Planungsphase

**REGION.** Der Regierungsrat hat das Strassenbauprogramm für 2014 bis 2016 veröffentlicht. Es enthält die Strasse Uster West, die Umfahrung Fällanden, die Tunnelunterführung und die Westtangente Pfäffikon sowie die Westtangente Wetzikon.

ANNA E. GUHL

94 Millionen Franken will der Regierungsrat nächstes Jahr im Ganzen für Strassenbauten im Kanton Zürich ausgeben, heisst es in seinem am Donnerstag publizierten Antrag an den Kantonsrat. Im Zürcher Oberland und im Bezirk Uster werden 2014 allerdings keine neuen Staatsstrassen erstellt. Der Baubeginn für die Strasse Uster West und den Abschnitt Zürichstrasse/Usterstrasse der Wetziker Westtangente könnte «bei günstigem Verlauf» 2015 erfolgen.

Die Projektkosten für «Uster West» belaufen sich auf 21 Millionen Franken, ruft der Regierungsrat in Erinnerung. Er hat dem Objektkredit vor einem Jahr zugestimmt. Die Pläne lagen ab Mitte Juli zur Einsicht auf. 2015 könne mit dem Bau aber nur dann begonnen werden, wenn keine Rechtsmittel gegen die Festsetzung des Projekts ergriffen werden.

## «Bei günstigem Verlauf»

In Wetzikon soll der zweite von vier Abschnitten der Westtangente ebenfalls ab 2015 erstellt werden, allerdings auch hier nur «bei günstigem Verlauf des Festsetzungsverfahrens». Es handelt sich um das Teilstück zwischen der Zürich- und der Usterstrasse. Der Abschnitt Usterstrasse/Motorenstrasse ist bereits erstellt. Für den Abschnitt Motoren- bis Kastellstrasse sei ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erstellt worden, heisst es weiter, «damit wird ein siedlungsverträglicher Verkehrsverlauf sichergestellt».

Der Abschnitt Kastell- bis Pfäffikerstrasse soll ab 2017 erstellt werden. Hier müssen die Planer dafür sorgen, dass der Strassenverlauf die von der Eidgenossenschaft geschützte Moorlandschaft Pfäffikersee nicht stört. Die drei noch fehlenden Abschnitte sollen gemeinsam gebaut werden. Sie dürften 45 Millionen Franken kosten.

## Umstrittene Umfahrung

Ob Fällanden und Schwerzenbach eine Umfahrung erhalten sollen oder nicht, ist umstritten. Der Gemeinderat lehne



Im besten Fall beginnt der Kanton im Jahr 2015 mit dem Bau der Strasse Uster West. Im Bild das Baugespann für die Überführung über die Bahnlinie. Bild: Eduard Gautschi

das Vorhaben ab, ruft der Regierungsrat in Erinnerung. Hingegen dränge die Zürcher Planungsgruppe Glattal auf deren Projektierung und Verwirklichung. Die Regierung entscheidet voraussichtlich bis Mitte 2014 über das weitere Vorgehen.

Die Umfahrung ist im Richtplan eingetragen. Eine Beurteilung der Zweckmässigkeit dieser Strasse habe ergeben, dass die geeignetste Linie um Fällanden herum von der Zürichstrasse über den Kreislauf Dübendorferstrasse bis zur Schwerzenbachstrasse führt. Die Strasse könne in zwei Etappen (bis und ab Dübendorferstrasse) erstellt werden. Diese Variante lasse eine allfällige Weiterführung um Schwerzenbach herum als langfristige Option offen. Jetzt werde die Projektierung vorbereitet. Dabei sei der Anschluss an die Schwerzenbachstrasse südlich der Glatt besonders heikel. Auch müsse ein Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Ortsdurchfahrt berücksichtigt werden.

In Pfäffikon waren die Strassenbauvorhaben des Kantons zuletzt Gegenstand eines Studienauftrags. Es geht (auch hier) um die Westtangente, ausserdem um eine Strasse entlang der Bahnlinie sowie um die Unterführung Tunnelstrasse. Für die Gemeinde stelle die Bahnunterführung den Schlüssel zur Lösung der Verkehrsprobleme dar und habe «sehr hohe» Priorität, so die Regierung.

In einer Vertiefungsstudie werden im kommenden Jahr die Rahmenbedingungen für die Projektierung abgeklärt. «Alle Beteiligten anerkennen, dass sich der volle Nutzen nur bei Umsetzung des gesamten Massnahmenpakets einstellt, und unterstützen dieses», heisst es im Antrag.

## Grünungen muss warten

Die Verlegung der Stedtligass in Grünungen muss warten. Der Baubeginn erfolge selbst bei günstigem Verlauf frühestens 2017, schreibt die Regie-

rung. Das Resultat einer Zweckmässigkeitsbeurteilung sei ein Kompromiss, nämlich eine neue Brücke. Für diese hat sich der Regierungsrat letztes Jahr entschieden und die Baudirektion mit der Projektierung der Umfahrung beauftragt.

## Warten auf den Volksentscheid

Der Kanton erbringt auch Leistungen zugunsten der Nationalstrassen. Im Fall der Oberlandautobahn, also des Teilstücks der A53 zwischen Uster Ost und Hinwil, will der Kanton bekanntlich eine umsetzbare Linienführung ermitteln, bis die Strasse Anfang nächsten Jahres, wie die Regierung hofft, ins Autobahnnetz des Bundes aufgenommen wird. Dies ist allerdings nur dann der Fall, wenn das Stimmvolk am 24. November dem Finanzierungsbeschluss und damit der Erhöhung des Preises für die Autobahnvignette zustimmt. Das betont der Regierungsrat in seinem Antrag mit Nachdruck.

## Beleuchtung für die Sicherheit

Wie wirkt sich das Lichterlösch am Brüttiseller Kreuz auf die Verkehrssicherheit aus?, wollten die Kantonsräte Sabine Wettstein (FDP, Uster) und Alex Gantner (FDP, Maur) vom Regierungsrat wissen. Ungünstig, schreibt dieser in der Antwort, er halte die zur Einsparung von Energie getroffene Massnahme des Bundes für fragwürdig. Ähnliches habe eine Studie des Bundesamts für Strassen ergeben. Auf der Hauptfahrbahn sei das Licht inzwischen wieder eingeschaltet, und auf den Rampen seien Leitpfeiler und Reflektoren installiert worden. Über die endgültige Abschaltung entscheide der Bund nach einem Jahr. (gj)

# Verspätung für den A-4-Zubringer

NZZ 4.10.13

Termin für die Umfahrung Ottenbach im neuen Strassenbauprogramm bereits überholt

Strassenbau ist eine langwierige Sache. Die Pläne der vor einem Jahr angenommenen Umfahrung Ottenbach werden erst in einem Jahr aufgelegt. Grund sind neue Abklärungen zum Umweltschutz.

sho. Vor über einem Jahr sagten die Stimmberechtigten des Kantons Zürich Ja zum Bau eines Zubringers zur A 4 im Knonauer Amt samt einer Umfahrung von Ottenbach. Damals rechnete man mit einer Planaufgabe im Spätsommer 2013. Im Strassenbauprogramm für die Jahre 2014–16, das der Regierungsrat am Donnerstag publik gemacht hat, wird dafür der Herbst 2013 genannt.

## Noch ein Gutachten

Das stimmt bereits nicht mehr. Vor einer Woche meldete der «Anzeiger aus dem Bezirk Affoltern», der Termin verschiebe sich bis Herbst 2014. Gründe sind laut einer Mitteilung des Gemeinderats von Obfelden (das durch die

neue Strasse ebenfalls entlastet werden soll) ergänzende Abklärungen zum Umweltschutz und zusätzliche Auflagen zu Ersatzmassnahmen für den Naturschutz. Laut Auskunft der kantonalen Baudirektion wurde ausserdem ein Gutachten der Eidgenössischen Kommission für Natur- und Heimatschutz (ENHK) in Auftrag gegeben.

Im Fall der Oberlandautobahn verzichtete der Kanton seinerzeit darauf, was einer der Gründe war, weshalb das Bundesgericht jenes Projekt zurückwies. Der Einbezug der ENHK erklärt wohl den unterschiedlichen zeitlichen Verlauf im Vergleich zur neuen Strasse Uster West. Diese wurde erst nach dem Vorhaben im Säuliamt vom Kantonsrat bewilligt. Trotzdem fand die Planaufgabe für ein sogar noch abgeändertes Projekt bereits im letzten Juli statt, aber ohne ENHK-Gutachten. In beiden Fällen, Uster und Ottenbach, rechnet der Regierungsrat frühestens 2015 mit dem Beginn der Bauarbeiten, sofern keine Rechtsmittel ergriffen werden. Im Übrigen enthält das Programm wenig, was nicht bereits bekannt ist, wie die Über-

einkunft von Stadt und Kanton für einen Rosengartentunnel in Wipkingen.

## Noch 11 Jahre Gubrist-Stau

Das drängendste Projekt, der Ausbau des helvetischen Stauschwerpunkts Nordumfahrung Zürich auf sechs Spuren samt einem 3. Gubristtunnel, harret noch einer definitiven Lösung. Ende 2012 unterzeichneten Bund, Kanton und die Gemeinde Weiningen eine Absichtserklärung: Das westliche Tunnelportal soll wenigstens auf einer Länge von 100 Metern überdeckt werden. Derzeit erwartet man das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts auf diverse Einsprachen. Der Regierungsrat rechnet frühestens 2020 mit der Fertigstellung der neuen Tunnelröhre. Bis die höhere Kapazität nach Instandsetzung der beiden heutigen Tunnels verfügbar ist, wird es 2024. Das deckt sich mit den Angaben des Bundesamts für Strassen: Baubeginn ist demnach frühestens 2 Jahre nach einer rechtskräftigen Projektgenehmigung, danach dauern die Arbeiten insgesamt 9 Jahre.

...:..

## **BDP sammelt Unterschriften für Uster West**

Aktualisiert am 21.10.2013

**Uster West soll gebaut werden – und zwar möglichst bald. Um den Regierungsrat diese Botschaft zukommen zu lassen, sammelt die BDP Uster an der Uster Messe Unterschriften für eine Petition.**



Visiere in Uster West markieren den angedachten Verlauf der Strasse. (Archivbild: Eduard Gautschi)

### **Artikel zum Thema**

**Uster West, die Westtangente und die Oberlandautobahn**

**Initiative «Uster West» ist gültig**

**Aufhebung des Kredits Strasse Uster West gefordert**

**Vorstoss gegen Uster West auf Kantonebene**

**Sieben Einsprachen gegen «Uster West»  
Lebensqualität Uster West will Initiative**

Die BDP Uster sammelt an der Uster Messe Unterschriften für die Petition «Vorwärts mit Uster West». Die Partei will damit ein Zeichen für das Strassenprojekt setzen, wie sie in einer Mitteilung schreibt.

Uster West bringe die «sehnlichst erwartete Entlastung vor den geschlossenen Barrieren», schreibt die BDP. Zudem werde das Projekt vom Kanton finanziert. Dies im Gegensatz zur Unterführung Winterthurerstrasse, die voll zu Lasten der Stadtkasse gehen «und erst noch mehr Verkehr ins

**bald einreichen**  
**Über Uster West informiert**  
**«Volksinitiative Uster West führt Volk**  
**in die Irre»**

Zentrum leiten würde». Die BDP will mit dem Geld «lieber ein Schulhaus bauen, die Erweiterung des Hallenbads ermöglichen oder das Zeughausareal entwickeln».

**Teilen und kommentieren**

Den Gegnern von Uster West wirft die BDP vor, dass sie die Eigen- und Einzelinteressen über das Wohl einer Vielzahl von Ustermern stellen würden.

Die Petition soll am Ende dem Regierungsrat überreicht werden. Damit will die BDP die Regierung dazu auffordern, «trotz Widerstand einzelner Ustermer planmässig am Projekt Uster West festzuhalten», wie die Partei schreibt. (rsc)

Erstellt: 21.10.2013, 08:04 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

## Uster West: Ging Stadtrat von falschen Voraussetzungen aus?

Aktualisiert vor 26 Minuten

**Der Ustermer Stadtrat will die Volksinitiative, die ein Vorgehen gegen das Projekt Uster West verlangt, für ungültig erklären. Der Verein Lebensqualität Uster kritisiert, dass der Stadtrat bei seinem Entscheid von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei – absichtlich.**



Visiere markieren den angedachten Verlauf der Strasse Uster West. (Archivbild: Eduard Gautschi)

### Artikel zum Thema

**Uster West: Stadtrat kann nichts mehr machen**

**Initiative «Uster West» ist gültig**

Im Juli 2013 hatte das Initiativkomitee gegen das Strassenprojekt Uster West eine Volksinitiative bei der Stadt eingereicht. Diese hatte gefordert, dass sich der Ustermer Stadtrat mit allen Mitteln gegen das Bauvorhaben des Kantons zur Wehr setzt. Im September hat der Stadtrat die

**Aufhebung des Kredits Strasse Uster West gefordert****Vorstoss gegen Uster West auf Kantonsebene****Sieben Einsprachen gegen «Uster West»****Interaktiv****Der komplette Antrag des Stadtrats****Teilen und kommentieren**

Initiative als zustande gekommen erklärt; und am Donnerstag dem Gemeinderat beantragt, diese für ungültig zu erklären (wir berichteten).

Als Hauptargument für seinen Antrag an den Gemeinderat hatte der Stadtrat aufgeführt, dass es zu spät sei für eine Einsprache gegen den Kantonsratsbeschluss – und damit für jegliche Handhabe gegen die Durchführung des Projekts.

Der Entscheid des Stadtrats kommt für den Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) «wenig überraschend».

Wie der Verein schreibt, sei man lediglich gespannt gewesen, «wie die rechtliche Begründung dazu ausfallen würde». Diese gehe im nun vorliegenden Antrag aber von falschen Voraussetzungen aus: Der Stadtrat gehe von der Initiative als einem ausgearbeiteten Entwurf und nicht einer allgemeinen Anregung aus – was sie aber sei. Denn der Inhalt der Initiative bestehe aus einer Zielformulierung.

**Das Volk entscheiden lassen**

Der Verein spricht von «politischer Brisanz», denn die stadträtliche Begründung beziehe sich vor allem auf die Rolle des Stadtrates selber und dass er mittels Initiative nicht zum Vorgehen gegen die Strasse Uster West gezwungen werden könne. Das zeugt von einem eigenartigen Demokratieverständnis, findet der VLUW. Immerhin handle es sich beim Initiativgegenstand um eine Grundsatzfrage und um die Vertretung der Stadt Uster in dieser Sache gegen aussen.

Der Stadtrat sieht laut Antragstext keine mögliche Handhabe gegen das Projekt. Das erstaune, so der VLUW, denn immerhin habe er sich «bislang als Vertretung der drittgrössten Stadt des Kantons Zürich mit entsprechendem Gewicht bei der Baudirektion für das Strassenbauprojekt eingesetzt».

Es liege nun am Gemeinderat, darüber zu entscheiden, ob er das Volk über die Initiative als allgemeine Anregung entscheiden lassen wolle oder nicht. (khe)

Erstellt: 15.11.2013, 14:02 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

# Initiative zu Uster West ist ungültig

**USTER.** Über die Initiative Uster West, die im September mit über 1000 Unterschriften eingereicht wurde, werden die Ustermer nicht abstimmen können. Sie wurde für ungültig erklärt.

EDUARD GAUTSCHI

Mit der Volksinitiative Uster West sollte Druck auf den Stadtrat ausgeübt werden. Gemäss Initiativtext wäre der Stadtrat verpflichtet worden, sich mit allen Mitteln gegen das Strassen-

bauprojekt des Kantons einzusetzen.

Daraus wird nun wohl nichts. Der Stadtrat hat die Initiative für «vollständig ungültig» erklärt und stellt dem Gemeinderat den Antrag, Gleiches zu tun. Wieso nicht über das Volks-

begehren abgestimmt werden soll, erläutert der Stadtrat in einem zwölfseitigen Bericht.

## **Nicht durchführbar**

Der Stadtrat kommt darin zum Schluss, dass das einzige Mittel, welches die Behörden der Stadt Uster mit Erfolgsaussicht gegen das Strassenprojekt hätten einsetzen können – und das gleichzeitig zum Gegenstand einer kommunalen Volksinitiative hätte gemacht werden können –,

wegen der abgelaufenen Fristen nicht mehr zum Einsatz kommen kann.

Der Stadtrat hätte nämlich fristgerecht Einsprachen gegen das Projekt beim Kanton deponieren müssen. Dazu hatte er als Befürworter des Projekts keinen Grund – und nun ist es dafür zu spät. Der Stadtrat kommt deshalb zum Schluss, dass die Volksinitiative «offensichtlich als undurchführbar zu beurteilen ist».

# Initiative Uster West ist undurchführbar

**USTER.** Die Initiative Uster West ist vom Stadtrat Uster für ungültig erklärt worden. Sie sei «undurchführbar», argumentiert er. Die Fristen für allfällige Rekurse und Einsprachen sind längst abgelaufen.

EDUARD GAUTSCHI

Dominic Brem vom Initiativkomitee und Präsident des Vereins Lebensqualität Uster West kämpft seit Langem gegen das Strassenprojekt Uster West. Es handelt sich um die Kantonsstrasse, mit deren Bau der Verkehr teilweise vom Stadtzentrum ferngehalten werden soll. Sie verbindet die Winterthurerstrasse mit der Zürichstrasse. Von der Winterthurerstrasse führt sie durch das Quartier Loren und über einen Viadukt über die Bahnlinie zur Zürichstrasse. Der entsprechende Kredit von 21 Millionen Franken wurde vom Kantonsrat mit 127 zu 45 Stimmen bewilligt. Im Mai wurde noch eine Projektänderung vorgenommen. Die Abzweigung von der Winterthurerstrasse wurde Richtung Stadtzentrum verlegt. Mit dieser Verlegung wollte man vermeiden, dass ein Amphibienlaichgebiet vom Bau beeinträchtigt wird.

Das hat die Gegner des Projekts nicht beruhigt und zu Befürwortern gemacht. Schon einen Monat später lancierten sie nämlich die Volksinitiative «zur Erhaltung der Landschaft Uster West». Im Juli wurde sie mit 1002 Unterschriften eingereicht. Im September wurde amtlich bestätigt, dass die Initiative zustande gekommen sei, die nötigen 600 Unterschriften waren beglaubigt worden.

## Zwang ist nicht möglich

Der Stadtrat musste nun abklären, ob die Initiative überhaupt gültig ist. Er kam zum Schluss, die Initiative sei ungültig. Er beantragt deshalb dem Gemeinderat Folgendes: Die Initiative wird für vollständig ungültig erklärt. Stimmt der Gemeinderat dieser Einschätzung zu, können die Initianten



Zwischen der KMU-Box und dem Wohnhaus führt die Strasse Uster West dereinst durch. Die Kanalisationsdeckel deuten auf die Linienführung hin. Bild: Eduard Gautschi

beim Bezirksrat innert fünf Tagen Stimmrechtsrekurs einlegen.

Mit der Initiative sollten die «zuständigen politischen Organe der Stadt Uster verpflichtet werden, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln gegen die Realisierung des kantonalen Strassenprojekts Uster West zu wehren.» Der Stadtrat kam zum Schluss, dass es sich dabei nicht um eine «allgemeine Anregung» handelt, sondern um einen «ausgearbeiteten Entwurf». Von den infrage kommenden demokratischen, politischen und rechtlichen Mitteln, die die Stadt gegen das Projekt einsetzen könnte, stellt nur das Gemeinderatsreferendum ein mögliches Objekt einer Volksinitiative dar. Daran hätten sich aber elf weitere Gemeindendelegierte beteiligen müssen, und die Frist dafür ist bereits am 27. Dezember abgelaufen. Ein Gemeinderatsreferendum mittels Volksinitiative zu erzwingen, ist

rechtlich aber gar nicht möglich. Die Behörden können nur aus eigenem Entschluss zum Gemeinderatsreferendum greifen, dazu gezwungen werden können sie auch mit einer Volksinitiative nicht.

## Fristen verpasst

Eine Initiative kann nur für gültig erklärt werden, wenn sie auch durchführbar ist. Das sei beim vorliegenden Begehren aber nicht der Fall, hält der Stadtrat fest. Es bestünden nämlich

«keine demokratischen, politischen und rechtlichen Mittel, mit denen ein Verzicht auf das Projekt erzwungen werden könnte» – und auch keine, die Gegenstand einer Volksinitiative sein könnten. Die Fristen für Rekurse und Einsprachen seien inzwischen abgelaufen, die Initiative sei undurchführbar und somit ungültig.

Dominic Brem vom Initiativkomitee war gestern Freitag für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

# Kessler will Schutzverordnung anpassen

**USTER.** Muss oder soll die Greifensee-Schutzverordnung angepasst werden? Um dies zu entscheiden, müsste erst eine Überprüfung derselben stattfinden, schreibt der Stadtrat.

EDUARD GAUTSCHI

Der parteilose Gemeinderat Werner Kessler hat eine Anfrage zur Greifensee-Schutzverordnung eingereicht. Er bezieht sich dabei auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts, in welchem am 27. März festgehalten wurde, dass die Schutzverordnung inzwischen 20 Jahre alt sei und deshalb «ein Überprüfungsbedarf im fraglichen Bereich entstehen kann». Als fraglichen Bereich bezeich-

nete das Verwaltungsgericht die sogenannte Erholungszone auf der Surferwiese bei der Schiffflände in Niederuster. In dieser Zone könnte theoretisch ein Seerestaurant erstellt werden.

Bedingt durch das neue Gewässerschutzgesetz tangiert diese Zone nun aber den Gewässerraum, was das Verwaltungsgericht veranlasste, die Baubewilligung des Stadtrats und die Verfügung der Baudirektion für das Restaurant des Vereins Pavillon Nouvel aufzuheben respektive zurückzuweisen mit dem Hinweis, alternative Standorte fürs Restaurant zu prüfen. In seinen Erwägungen zum Urteil hielt das Verwaltungsgericht dann fest, das sich wegen des Alters der Schutzverordnung ein «Überprüfungsbedarf ergeben könnte».

Kessler wollte deshalb vom Stadtrat wissen, was er von diesem Vorschlag

halte. Konkret interessierte ihn vor allem, ob der Stadtrat auch der Meinung sei, dass die Verordnung dahingehend geändert werden müsste, dass diejenigen Grundstücke aus der Erholungszone zu entlassen seien, die mit dem Gewässerschutzgesetz wegen des Gewässerraums in Konflikt geraten. Damit würde ein Bau des Restaurants auf der Surferwiese wohl endgültig unmöglich. Weiter fragte er, ob sich der Stadtrat bei der Baudirektion für die Anpassung der Greifensee-Schutzverordnung einsetzen werde, um eine Entlassung der Surferwiese aus der Erholungszone zu erreichen.

## Gesamthaft überprüfen

In seiner Antwort hält der Stadtrat fest, dass sich «rechtfertigen könnte», die «Schutzverordnung einer Überprüfung

zu unterziehen». Gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung müssen «Nutzungspläne überprüft und nötigenfalls angepasst werden, wenn sich die Verhältnisse erheblich geändert haben». Ob eine Überprüfung der Schutzverordnung zu einer Anpassung derselben führen würde, darüber könne nur die Überprüfung Auskunft geben.

Der Stadtrat wird sich momentan nicht dafür starkmachen, dass Anpassungen an der Schutzverordnung vorgenommen werden. Er schliesst sich diesbezüglich der Meinung des Regierungsrats an, der in einer Antwort auf eine Anfrage von Paul Stoppers festgehalten hatte, dass es für eine Anpassung noch zu früh sei. Eine «Revision der Schutzverordnung muss gesamthaft vorgenommen werden. Punktuelle Anpassungen fallen ausser Betracht.»

## IN KÜRZE

### Harmonikas im Kino

**DÜBENDORF.** Das Jahreskonzert des Harmonika-Clubs Dübendorf findet am Samstag, 17. November, im Kino Orion statt. Konzertbeginn ist um 20.15 Uhr. Barbetrieb mit Risotto und Kuchen ab 19.30 Uhr. (zo)

### Musikgesellschaft tritt auf

**FÄLLANDEN.** Am Sonntag, 24. November, konzertiert die Musikgesellschaft Fällanden in der katholischen Kirche Fällanden. Konzertbeginn ist um 17 Uhr (Türöffnung: 16 Uhr). (zo)

### Winterkonzert in der Kirche

**DÜBENDORF.** Am Sonntag, 24. November, findet das Winterkonzert des Dübendorfer Kammerorchesters statt. Das Konzert wird in der Kirche Wil in Dübendorf aufgeführt. Die musikalische Leitung hat Arthur Heinz Lilienthal, Solistin ist Sumina Studer. Das Konzert beginnt um 17 Uhr. (zo)

ANZEIGE

**NEIN ZU 1:12**

**«Lohndeckelung bedeutet Steuer- und AHV-Ausfälle in Millionenhöhe»**

[www.1-12-nein-zh.ch](http://www.1-12-nein-zh.ch)

Zürcher Komitee «NEIN zum staatlichen Lohndiktat» c/o KGV Zürich, PF 2918, 8021 Zürich

Abst. 24. November 2013

Lothar Ziegen, Nationalrat BDP ZH; Markus Hutter, Nationalrat FDP ZH; Hans Kaufmann, Nationalrat SVP ZH; Natalie Rickli, Nationalrätin SVP ZH; Regine Sauter, Kantonsrätin FDP ZH; Philip Mosimann, CEO Bucher Industries; Barbara Schmid-Federer, Nationalrätin CVP ZH

Logos: FDP Die Liberalen, SVP Schweizerische Volkspartei, glp, BDP, CVP, EVP, vzk, VZAI, KGV, HEV Kanton Zürich



Umfahrung

## **Initiative Uster-West kommt nicht vors Volk**

Uster - Eine Initiative mit 1000 Unterschriften kommt in Uster nicht zur Abstimmung, schreibt der «Zürcher Oberländer». Die Initiative Uster-West hätte Druck auf den Stadtrat ausüben sollen, damit sich dieser mit allen Mitteln gegen das Strassenbauprojekt des Kantons wehrt. Mit der Umfahrung soll der Verkehr teilweise vom Stadtzentrum ferngehalten werden. Der Kantonsrat hat das Projekt bewilligt. Der Stadtrat hat die Initiative für ungültig erklärt. Nun muss noch das Parlament entscheiden. (zet)

# Initiativkomitee hofft auf den Gemeinderat

**USTER.** Dass der Stadtrat die Volksinitiative «Keine Strasse Uster West» für ungültig erklärte, hat das Initiativkomitee nicht überrascht. Es hofft, dass der Gemeinderat den Beschluss korrigiert.

*EDUARD GAUTSCHI*

---

Der Ustermer Stadtrat hat die von rund 1000 Personen unterschriebene Volksinitiative «zur Erhaltung der Landschaft Uster West» für ungültig erklärt, weil er sie als «offensichtlich undurchführbar» einstuft (wir berichteten). Für das Initiativkomitee kam dieser Entscheid «wenig überraschend», wie in einer Medienmitteilung festgehalten wird. Laut Peter Kundert vom Initiativkomitee geht der Stadtrat in seiner Begründung von falschen Voraussetzungen aus, weil er die Initiative nicht als «allgemeine Anregung» betrachtet, sondern als «ausgearbeiteten Entwurf». Mit diesem «Trick» könne er die Initiative als «nicht durchführbar» und damit als ungültig erklären. Im Initiativtext stehe jedoch, dass die politischen Organe der Stadt Uster verpflichtet seien, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Realisierung des kantonalen Strassenprojekts «Uster West» zu wehren.

## **Dafür statt dagegen gekämpft**

Das sei lediglich als Zielformulierung zu verstehen und sicher nicht als ausgearbeiteten Entwurf. Dass der Stadtrat in seinem Antrag an den Gemeinderat immer wieder betone, dass er kein Mittel habe, um sich gegen das Projekt zu wehren, sei zumindest erstaunlich. Immerhin habe er sich als «Vertretung der drittgrössten Stadt des Kantons mit entsprechendem Gewicht bei der Baudirektion für das Strassenprojekt eingesetzt – allerdings ohne demokratische Legitimation», wie die Abstimmung über die Unterführung Winterthurerstrasse gezeigt habe. Die Abstimmung über die Unterführung Winterthurerstrasse war vom Volk angenommen worden, Parlament und Stadtrat hatten sie abgelehnt. Die Unterführung und auch die Weststrasse – oder umgekehrt – zu bauen, macht wenig Sinn.

Das Initiativkomitee setzt nun auf den Gemeinderat. Es «erhofft sich vom Gemeinderat als Volksvertretung genügend Souveränität, um den Souverän über die Initiative entscheiden zu lassen». Die 1002 Stimmberechtigten, die die Initiative innert kürzester Zeit unterschrieben hätten, würden das sicher zur Kenntnis nehmen, schreibt das Komitee.

## Kein «Timeout» für Uster West

Von Manuel Reimann. Aktualisiert am 25.11.2013

**Die Einzelinitiative, die einen vorübergehenden Stopp der Planung der Umfahrung Uster West verlangt hatte, fand am Montag im Kantonsrat keine Mehrheit.**



Visiere markieren den angedachten Verlauf der Strasse Uster West. (Archivbild: Eduard Gautschi)

### Artikel zum Thema

**Uster West: Ging Stadtrat von falschen Voraussetzungen aus?**

**Uster West: Stadtrat kann nichts mehr machen**

**BDP sammelt Unterschriften für Uster West**

**Uster West, die Westtangente und die Oberlandautobahn**

**Diebstahl im «Uster-West» – Täter schon gefasst**

**Initiative «Uster West» ist gültig**

Neben dem Doppelspurausbau zwischen Uster und Aathal war am Montag im Kantonsrat auch die Strasse «Uster West» ein Thema. Das Parlament hatte über eine entsprechende Einzelinitiative von Peter Kundert zu befinden. Diese verlangt, dass der Regierungsrat den Kantonsratsbeschlusses vom 22. Oktober 2012 über 21 Millionen Franken für den Bau der Strasse aufhebt. Ins Feld geführt wurde in der lebhaften Debatte Seitens der Befürworter in erster Linie der Moorschutz. Die Gegenseite bemängelte in vor allem, dass innerhalb der gesetzlichen Frist das Referendum gegen den kantonsrätlichen Beschluss hätte ergriffen werden können, dies aber nicht gemacht

**Teilen und kommentieren**

worden sei. Die Initiative blieb im Kantonsrat letztendlich mit 38 Stimmen klar auf der Strecke – 60 Stimmen wären erforderlich gewesen.

(ZO-Online)

Erstellt: 25.11.2013, 20:32 Uhr

Noch keine Kommentare

---

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

NZZ.CH

Neue Zürcher Zeitung

ZÜRICH

Vor 59 Minuten

Zürcher Strassenbauprogramm

## Die Macht der Gutachter

Zürich Vor 59 Minuten



Der Pfäffikersee mit seinem Schilfgürtel und den Mooregebieten ist eine vom Bund geschützte Landschaft. (Bild: Steffen Schmidt / KEYSTONE)

**Am Montag berät der Kantonsrat das Strassenbauprogramm. Ob die darin aufgeführten neuen Strassen auch einmal gebaut werden, ist aber noch offen und hängt nicht nur von einem bewilligten Baukredit ab.**

*Stefan Hotz*

Es ist jeden Herbst das gleiche Ritual. Die rot-grüne Seite des Kantonsrats übt Kritik am Umfang des Strassenbauprogramms, das heute wieder zur Debatte steht. Die Bürgerlichen klagen, es werde doch alles verzögert und verhindert. Was aber sagen die Fakten? Es werden immer wieder Strassen saniert, manchmal erweitert. Doch wann hat der Kanton Zürich das letzte Mal in eigener Regie von A nach B eine neue Strasse gebaut? An der Westumfahrung und an der A 4 im Knonauer Amt war er zwar beteiligt, doch sie sind als Nationalstrassen Bundessache. Man muss zwei Jahrzehnte zurückblättern bis zum Autobahnzusammenschluss Kloten, der 1991 vom Volk angenommen und 2001 fertiggestellt wurde. Seither realisierte der Kanton neue Strassenabschnitte höchstens noch im Rahmen von ÖV-Projekten, so mit der Glatttalbahn.

### **Verspätung im Säuliamt**

Die Enthaltbarkeit hatte zunächst mit dem notleidenden Strassenfonds zu tun. 1995 etwa schrieb der Regierungsrat bündig, aufgrund der prekären Finanzlage könnten neue Projekte nicht in Angriff genommen werden. Mittlerweile ist der Fonds wieder prall gefüllt, und das Programm listet mehrere Vorhaben auf. Die aber kommen nicht vom Fleck, wie der im September 2012 vom Volk angenommene Zubringer zur A 4 mit der Umfahrung von Ottenbach: Im neuen Strassenbauprogramm steht, die Planaufgabe erfolge im Herbst 2013, mit der Festsetzung des Projekts sei 2014 zu rechnen. Das ist bereits Makulatur. Inzwischen heisst es, dass sich diese Termine bis um ein Jahr verzögern.

Ursache sind Abklärungen über ökologische Ausgleichsmassnahmen. Zudem hat der Kanton ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) in Auftrag gegeben. Warum dies erst so spät geschah, wird von der kantonalen Verwaltung nicht beantwortet, weil es Gegenstand einer Anfrage aus dem Parlament ist. Aber sie hat noch weitere ENHK-Gutachten zu Strassenprojekten bestellt, so zur Umfahrung von Grüningen, zum Neeracherried und zum Konzept Mobilität und Umwelt Pfäffikersee. Das ist vorgeschrieben, weil es im ersten Fall um ein vom Bund geschütztes Ortsbild sowie Objekte im Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN) geht. Von den grösseren Strassenprojekten ist nur zu Uster

West (vielleicht noch) kein Gutachten von der ENHK angefordert worden (siehe Zusatztext).

### **Gutachten haben Gewicht**

Die Meinung der Experten auszuschlagen, ist ein heikles Unterfangen. Daran hat sich der Kanton vor nicht langer Zeit die Finger verbrannt. Die Fertigstellung der Oberlandautobahn hätte fraglos ein BLN-Objekt, die Drumlin-Landschaft Wetzikon - Hinwil, tangiert. Dennoch wurde kein ENHK-Gutachten eingeholt, obwohl die zuständigen Ämter für Landschaft und Natur sowie für Raumentwicklung genau das empfohlen hatten, wie aus dem Urteil des Bundesgerichts vom Juni 2012 hervorgeht. Das Versäumnis war allerdings nicht ausschlaggebend: Die obersten Richter wiesen das Projekt noch aus anderen Gründen zurück. Das Beispiel zeigt, dass ein Gutachten zwar Zeit kostet, aber Prozessrisiken aufzeigen kann. Die Bedeutung der unabhängigen, vom Bundesrat gewählten Expertenkommissionen in den Gerichten ist gross. Man könne nicht ohne Not und gute Begründung von ihren Empfehlungen abweichen, heisst es in der kantonalen Verwaltung. Und sie sind legitimiert. Im Natur- und Heimatschutzgesetz ist festgeschrieben, in welchen Fällen die ENHK beizuziehen ist.

Wirkung entfalten die Gutachten auch, wenn politische Behörden Recht anwenden. Das zeigen zwei aktuelle Beispiele ausserhalb des Strassenbaus. Die Bausektion des Zürcher Stadtrats wusste, dass ihr Entscheid über den geplanten Ersatzbau im Park des Universitätsspitals so oder anders angefochten würde. Bei ihrer Verweigerung spielten auch Expertengutachten eine Rolle, die der Kanton in Auftrag gegeben hatte.

Der hier leidtragende Regierungsrat handelte im anderen Fall sehr ähnlich. Erst erachtete er es politisch als wünschbar, auf dem Üetliberg eine Erholungszone zu schaffen und eine Lösung zu suchen, um die unbewilligten Anbauten am Uto Kulm zu legalisieren. Doch als die Regierung in der Rolle der Rekursbehörde über die Sache entscheiden musste, lehnte sie den Entwurf des Gestaltungsplans schroff ab und übernahm weitgehend die Argumente eines bereits 2008 erstellten ENHK-Gutachtens, aus dem sie ausführlich zitierte.

### **Warten auf Godot**

Es ist aber nicht so, dass der Beizug der Gutachter ein Grossprojekt bereits verhindert. In Zürich muss der alte Güterbahnhof dem Polizei- und Justizzentrum weichen, das Kongresszentrum am See scheiterte nicht an Experten, sondern in der Volksabstimmung. Die ENHK kann neue Strassen auch favorisieren. In Grüningen und Neerach geht es darum, ein mittelalterliches Städtchen im einen, ein Naturschutzgebiet im anderen Fall vom Verkehr zu befreien. In der Regel haben es Strassenprojekte, die zwangsläufig entweder im Siedlungsgebiet oder auf ökologisch oder landwirtschaftlich wertvollem Gebiet verlaufen, aber schwer. Deshalb kann man Terminangaben, das zeigt der Blick in das vor fünf Jahren verabschiedete Strassenbauprogramm, in der Pfeife rauchen. Die Arbeiten an der Oberlandautobahn, hiess es damals, sollen 2012 starten, der Baubeginn für Uster West war 2010 geplant, für den A-4-Zubringer ein Jahr später.

### **Vorbehalte gegen Strasse Uster West bleiben bestehen**

sho. · Von allen Vorhaben im Strassenbauprogramm für die Jahre 2014–16 ist Uster West am weitesten fortgeschritten und ausserdem nicht Gegenstand eines ENHK-Gutachtens. Die neue Strasse tangiert wohl ein Flachmoor, nicht aber eine Landschaft von nationaler Bedeutung. Ob die Strasse bald realisiert werden kann, ist dennoch ungewiss. Mittlerweile liegen die Stellungnahmen zu dem erst nach dem Ja des Kantonsrats verkürzten Projekt vor. Die kantonale Natur- und Heimatschutzkommission beurteilt es in ihrem Gutachten dennoch wie zuvor als unverträglich und kritisiert den unsorgfältigen Umgang mit den raren Ressourcen Lebensraum, Landschaft und Boden. Auch die kantonale Fachstelle Naturschutz in der Baudirektion geht weiterhin von einer erheblichen und dauernden Beeinträchtigung des Moors aus. Weil andererseits die Vernetzung zwischen zwei Feuchtzonen verbessert wird, beurteilt das Amt für Landschaft und Natur das Projekt doch als umweltverträglich. Die Kritiker von Uster West fordern, es sei ein ENHK-Gutachten einzuholen. Auch Usters Stadtrat, der auf das Projekt drängt, ist aktiv. Soeben hat er eine mächtige frühere Hoflinde und weitere markante Bäume, die der Strasse im Weg stehen, aus dem kommunalen Inventar der Schutzobjekte entlassen.

